

Arbeiterzeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Besitzpreis monatl. pro Haushalt 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. ohne
Zustellungsgebühr / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition:
Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: 17250 / Postleitziffer: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: Am Dresden Nr. 17250 / Druckerei: Arbeiter-
blätter-Blätter Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Abonnementpreis: Die neuemal geprägte Monopartiezeitung oder deren Rauten 0,15 M., für Familien-
angelegenheiten 0,20 M., für die Akademiezeitung anfängend an den dreißigsten Teil einer Zeitung 1,50 M.
Anzeigen-Umfrage wöchentlich bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A. Güterbahnhof-
straße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen höheren
Städten besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahraang

Dresden, Freitag den 30. November 1928

Nummer 279

Gevering Schlichter im Ruhrkonflikt!

Er wird einen neuen, im Interesse der Unternehmer gelegenen Schiedsspruch fällen

Die neueste Abwürgungsaktion

Berlin, 30. Nov. (Eig. Drahtmeldung.)

Nachdem die Verhandlungen in der Eisenindustrie in Düsseldorf abgebrochen und auf Sonnabend vertagt worden sind, hat die Reichsregierung eine Aktion eingeleitet. Heute sollen vor dem Reichswirtschaftsminister und dem Arbeitsminister die Vertreter der Unternehmer und der Gewerkschaften Verhandlungen führen und heute abend oder morgen vor mittag wird Severing die beiden Parteien hören und dann einen Schiedsspruch fällen, dem sich beide Parteien zu unterordnen haben. Das Reichskabinett hat Severing als Vermittler im Eisenkonflikt ernannt.

Die Berliner Börzenzeitung teilt bereits den Vermittlungsvorschlag Severings mit. Die Lohnsätze sollen sich nur etwas über den alten Lohnbedingungen halten, aber die durch den Schiedsspruch festgelegten Sätze bei weitem nicht erreichen. Außerdem will Severing einen Tarifabschluss auf lange Sicht festlegen, von mindestens einjähriger Dauer. Bereits gestern waren die führenden Industriellen der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie in Berlin und haben mit Mitgliedern des Reichstabstabs über die neue Vermittlungsaktion verhandelt. Der Vorschlag Severings ist für die Metallindustriellen eine annehmbare Grundlage. Wenn Severing keinen Schiedsspruch gefällt hat soll die Arbeit bereits am Montag wieder aufgenommen werden.

Der Vorwärts bestätigt heute morgen, daß die Entscheidung Severings gleichbedeutend ist mit einem streitwillig abgeschlossenen Kollektivvertrag, der automatisch an die Stelle des vorbindlich erklärten Schiedsspruches tritt und daß dann der gerichtliche Streit um seine Rechtskraft gegenstandslos wird. Eine Delegiertenkonferenz der freien Gewerkschaften in Bochum hat beschlossen, das Arbeitszeitabkommen, das am 1. Dezember abläuft, nicht einmal zu kündigen.

Severing, der nach dem Kapp-Putsch 1920 im Ruhrgebiet so enttäuscht häufte, daß Kapp ihn, wie er selbst sagt, zu seinem Minister machen wollte, Severing, der im Aufgebot die Belegschaftsversammlungen unterlagte, die Betriebsausschüsse auflöste, die Streiks verbot, der noch vor der Reichstagswahl im Mai dieses Jahres von den Arbeitern im Ruhrgebiet ausgepfiffen wurde, soll der Schlichter sein. Die Hüttenarbeiter sind mit Recht einverstanden und erfreut, daß gerade Severing die "autoritative Persönlichkeit" zur Schlichtung im Ruhrkampf sein soll. Er hat mit dem berüchtigten Bielefelder Abkommen bewiesen, zu welchem Vertrat an den Ruhrarbeitern fähig ist.

Dieser Vorstoß resp. diese Zumutung der Koalitionsregierung gegenüber den revolutionären Metallarbeitern an der Ruhr zeigt in welchem Maße sich die sozialdemokratischen

Neue Krise in der sächsischen Koalition

Die Volkspartei schlägt den Klerikalen Hickmann als Kultusminister vor. — Die Demokraten opponieren aus Furcht vor den Wählern. — Die Mitsozialisten tuschen!

D. Hickmann Konsolidationsminister!

Dresden, den 30. November 1928.

Die jährliche Landtagsdelegation der Deutschen Volkspartei hat in ihrer gesetzlichen Sitzung beschlossen, als Nachfolger für den bisherigen Volksbildungsdienstleiter Dr. Kaiser den Z. Vizepräsidenten des Landtags, Prof. Dr. Hickmann, einen klerikalen Theologen, den Ministerpräsidenten zur Beratung vorzuschlagen. Als diese Nachricht im Verlaufe der Landtagssitzung bekannt wurde, erhob sich auf den kommunistischen Bänken lauter Protest. Die kommunistischen Abgeordneten riefen den Koalitionsparlament zu: "Koalition der Schwarzen Schmach!" Die demokratische Fraktion trat, ähnlich unter dem Druck der Empörungswelle noch mitten im Verlauf der Plenarsitzung zu einer Besprechung zusammen und beschloß Einspruch gegen diesen Vorschlag beim Ministerpräsidenten zu erheben. Dieser Protest erfolgte offenbar aus Furcht vor der zu erwartenden Rebellion der Arbeiterschaft. Hickmann ist ein ausgesprochener Vertreter und Wortschatz des Konsolidations- und des Neudörflichen Schulgesetzeswurzes.

Mit diesem Vorschlag hat die Volkspartei gezeigt, daß sie Zeit für gekommen hält, um offen und in unverhüllter Form gegen die noch vorhandenen klerikalischen Fortschrittsrichtungen vorzugehen. Gleichzeitig beleuchtet dieser Vorstoß blärtig die Lage, in die die werktäglichen Massen auch auf kultureller Ebene durch die Koalitionspolitik geraten sind. Die Voraussetzungen im Reiche und in Preußen für das offene Konkordat sollen auch auf Sachsen übertragen werden. Mit dem

offiziellen Vorschlag Hickmann hat sich die Deutsche Volkspartei in Sachsen zur Vannenträgerin der schrecklichsten Kulturreaktion gemacht. Denn

D. Hickmann ist ein Programm!

Schon bei der Besprechung des zu erwartenden Rücktritts des jetzigen Kultusministers Dr. Kaiser wurde auch in der rechtsliegenden pädagogischen Fachpresse festgestellt, daß das Regime des "liberalen" Volksparteiers nur der höheren Standeshäute, nicht aber der Volkschule Förderung hat angegedeutet lassen. Hickmann bedeutet noch mehr Reaktion; rechtslose Auslieferung des gesamten Schulwesens an die Kirche, an den "Christlichen Laienbund", in dessen Vorstand D. Hickmann eine entscheidende Rolle spielt.

Alle Hemmungen, alle Rücksichten, selbst auf den nur übergerlich orientierten Schulfortschritt, der allerdings in Sachsen Tradition hat, sollen fallen. Herr Hickmann ist ausgesprochener Anhänger der Konfessionschule, ein glühender Vertreter der Gedankengänge, die die Basis des Neudörflichen Schulgesetzes bilden. Er will auch die Konfessionalisierung des sogenannten Gemeinschaftsschule. Er ist ein Gegner der Herausbildung der Pflichtkundenzahl der Lehrer, ein Führer der Heraussetzung der Kinderzahl, er tritt für alle organisatorischen Verschlechterungen der Volkschule ein, ist ein ausgesprochener Gegner eines einheitlichen Schulausbaus und als höherer Lehrer ist er selbstverständlich für die Bevorrechtung der höheren Schule.

Seine Stellungnahme zu den Problemen, die in Sachsen auf schulpolitischem Gebiet in der nächsten Zeit ihre Lösung darren, ist klar und eindeutig. Der Dualismus im Berufsschulwesen drängt nach Beseitigung. Herr Hickmann wird ein Schwager des Teiles der Berufsschullehrerchaft sein, der sich unter die Bedürftigkeit des Wirtschaftsministeriums stellen will. In der Frage der Schulauslastung wird er die Linie Kaisers — nur noch mit Energie fortzusetzen brauchen, um den lauten Beifall aller Kulturreaktionäre einzuholen. Diesen Vorkämpfer der schwätzigen Reaktion glaubt die Volkspartei in die sächsische Koalition entenden zu können, weil sie die politische Charakterlosigkeit ihrer Koalitionsgenossen ganz richtig einschätzt. Was jedoch die Volkspartei nicht ganz in Rechnung aufgenommen hat, das ist die Empörung der sächsischen Hand- und Kopfarbeiter.

Die hat ihnen schon den ersten Stoß versetzt. Die rücksichtlose sächsische demokratische Fraktion, dieses Konglomerat von Finanz- und Handelsagenten, liberalen Intellektuellen und Schulmeistern hat noch während der Plenarsitzung des Landtages sich in ihrem Fraktionszimmer verktrochen und einen Protest gegen eine Berufung Hickmanns erhoben. Daß die sächsischen Demokraten zu einer solchen Maßnahme gewungen wurden, zeigt die Einschätzung der Stärke des Widerstandes unter der sächsischen Bevölkerung gegen ein solches Reaktionsministerium.

Die Stellung der Mitsozialisten

Ist charakteristisch auch in diesem Falle. Sie würden sich auch mit Hickmann abbinden, aber sie wollen auch keine Regierungskräfte, vor allem keine Landtagsabteilung. Und da die Demokraten ihren geringen Rest von Vertrauen bei ihrer Wählerschaft ohnehin eingeschränkt fühlen, werden sie wohl versuchen, ihrem Einfluß durch Drohung mit Zustimmung zu einer Landtagsauflösung Gewicht zu verschaffen. Die Volkspartei ist durch die Überhälfte, von der Furcht vor der Abrechnung der Wähler, höchst diktatorische Protestaktion in eine nicht besonders günstige Situation geraten. Es ist ja bekannt, daß Bünger, einer der klassenbewußtesten und am selbständigssten denkenden Kapitolsvertreter in der Deutschen Volkspartei ein recht gefährlicher Konkurrent Hickmanns bei der Fraktionsberatung darstellte. Wenn sich die Fraktion in ihrer Mehrheit auf Hickmann einigte, so gehabt das aus grundlegenden Erwägungen über die Bedeutung kulturpolitischer Vorstände angesichts der Konkordatsbestrebungen im Reich und in Preußen. Doch aber, durch den offiziellen Protest, ist die Person Hickmanns zu einer Prestigegelegenheit der geliebten Volkspartei geworden und ein Einflusszufluss nicht so leicht möglich, ohne auch nach außen den Eindruck einer offenen Niederlage erwecken zu müssen.

Keinesfalls ist jedoch bei dem Kampf um Hickmann das Wesentliche, ob er nun ernannt wird oder nicht. Wesentlich ist und bleibt die Tatsache, daß die Kulturreaktion in Sachsen überhaupt einen solchen Vorstoß wagen zu können glaubt und daß

die sozialdemokratischen Koalitionsregierungen im Reich und in Preußen die Basis für diesen frechen Vorstoß geschaffen haben. Das aber ist es, was die Arbeiterschaft erkennt muss. Ohne die sozialdemokratische Koalitionspolitik, zu der sich die sächsischen Sozialdemokraten grundätzlich befehlen müssen und an deren offener Teilnahme sie nur noch durch den

Verbreiterung der Kampffront gefordert

Borßlügen der zentralen Kampfleitung an den ADGB zur Verbreiterung des Kampfes

Eisen, 30. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die zentrale Kampfleitung der ausgesperrten Metallarbeiter des Ruhrgebiets hat an den Bezirksausschuk des ADGB Düsseldorf ein Schreiben gerichtet mit folgenden Forderungen:

1. Die Arbeiter des Transportgewerbes (Eisenbahn, Binnenschiffahrt usw.), des Bergbaus und der elektrischen Werke zum Solidaritätsstreik mit den ausgesperrten Metallarbeitern aufzurufen.
2. Dazu an die in Frage kommenden Unternehmerverbände ultimativ die Forderungen dieser Arbeiterschaften, die von ihnen schon seit langem beschlossen sind, mit der Bestimmung zu überreichen, daß die Arbeit in diesen Industriegruppen am 6.12. niedergelegt wird, wenn bis dahin die Forderungen der Metallarbeiter, 15. Pf. Lohnverhöhung pro Stunde, 8-Stundentag und dreigeteilte Schicht für die Hüttenarbeiter bei vollem Lohnausgleich, sowie die eigenen Forderungen nicht bewilligt sind. Die Forderungen sind: für die Arbeiter des Transportgewerbes und der elektrischen Werke zumindestliche Lohnverhöhung von 15 Pf. pro Stunde, für die Bergarbeiter eine solche von 1 Mark pro Schicht, Siebenstundentag, möglich unter Tage und acht Stunden über Tage.

Der Generalstreik der Unternehmer muß der Generalstreik der Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebiets entgegengestellt werden. Nur auf diesem Wege kann es gelingen, die Forderungen der Arbeiter gegen die Unternehmer in höchster Form durchzusetzen.

Der Brief schreibt: "Unsere Antraggeber, die ausgesperrten Belegschaften der Betriebe, haben uns erwidert, auch zu einer

Aussprache über die von uns gemachten Borßlügen aufzufordern. Wir schlagen euch vor, eine solche am Freitag, dem 30. November, 12 Uhr, im Bureau des Bezirksausschusses herbeizuführen."

Die zentrale Kampfleitung hat ebenso wenig wie ihre Auftraggeber, die revolutionäre Arbeiterschaft, irgendwelche Illusionen über die Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführer, die im Begriff sind, den Kampf zu erdonieren. Durch die Forderungen der zentralen Kampfleitung sind die Gewerkschaftsführer gezwungen, Farbe zu bekennen. Die Arbeiterschaft wird, umbedrängt um die Antwort der Reformisten, die notwendigen Kampfmäßignahmen anwenden und verstärken.

Die Hüttenarbeiter fordern Ründigung des Arbeitszeitabkommens

In allen Versammlungen der ausgesperrten Hüttenarbeiter, die zur Zeit im Ruhrgebiet stattfinden, fordern die Massen auch die Ründigung des Arbeitszeitabkommens. Dieses Abkommen läuft am 31. Dezember ab und ist am 1. Dezember fällig. Wohl ist ja in die Verhandlungen schon längst auch die Arbeitszeitfrage einbezogen worden. In dem bekannten Düsseldorfer Pakt, der nicht unterschrieben werden sonnte, war die Verlängerung der bisherigen langen Arbeitszeit vorgesehen.

Die Hüttenarbeiter befinden in diesen Tagen besonders

eindringlich, daß sie endlich die schriftliche Schicht wieder haben wollen, die ihnen 1924 mit Hilfe der Schlichter Wissell und Mehlich geräumt worden ist.

So ist ein ungeheuerer Standort, daß die Hüttenarbeiter unter den hohen Arbeitsbedingungen der Eisenwerke immer noch täglich 10 und 12 Stunden lang und außerdem auch noch an Sonnagen arbeiten müssen. Dieser Standort muß ein Ende haben. Hier mit dem 1. Weltkriegstag für die Hüttenarbeiter!

die sozialdemokratischen Koalitionsregierungen im Reich und in Preußen die Basis für diesen frechen Vorstoß geschaffen haben. Das aber ist es, was die Arbeiterschaft erkennt muss. Ohne die sozialdemokratische Koalitionspolitik, zu der sich die sächsischen Sozialdemokraten grundätzlich befehlen müssen und an deren offener Teilnahme sie nur noch durch den

Druck der Arbeiter verhindert werden, wäre eine solche unerhörte Provokation gar nicht möglich. Der Jubel der Kirche, der christlichen Vereinigungen, der Philologen zeigt ganz deutlich, daß die jüdischen Industriellen, die Auftraggeber der Koalition, mit dem Theologen Hilmann einen Mann in die Regierung entsenden wollen, der mit aller Entschiedenheit

die Verdummungsarbeit an der bessigen Klasse zu leisten imstande ist. Dieser Provokation muß die Arbeiterschaft, als historische Trägerin des Kulturfortschrittes in dieser Epoche der Entwicklung, in größter Geschlossenheit und mit aller Entschiedenheit Widerstand entgegensetzen. Sie muß dabei auch grundsätzlich als Urheber dieser neudeutschen Kulturreaktion, die Koalitionspolitik entlarven und die Auseinandersetzungen in der Frage Hilmann benutzen, um abzurechnen mit der Bündnispolitik der sozialdemokratischen Parteiführung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens.

Der jüdischen Arbeiterschaft muß die schwarze Kulturschmach der Protegierung Hilmanns Signal zum Kampf gegen das neue Koalitionsrecht sein. In diesem Kampfe wird jedem, der leben will, klarwerden, daß allein die Kommunistische Partei die Führerin auch im Streite wider die schwarze Kulturschmach sein kann.

Die Chemnitzer Betriebsräte gegen den Textilschiedsentscheid

III. Chemnitz, 20. November. Am Mittwoch abend nahmen die Betriebsräte der Chemnitzer Textilindustrie zu dem gefällten Schiedsentscheid Stellung. Der Betriebsrat Görner berichtete ausführlich über den Verlauf der Verhandlungen. Nach weiterer Ausprache wurde folgende Entscheidung gefaßt: Die am 28. 11. im Chemnitzer Volkshaus eingetragene gutbedachte Betriebsräteversammlung der Chemnitzer Textilindustrie lehnt den vom Schiedsgericht gefällten Schiedsentscheid mit aller Entschiedenheit ab. Bei den erbaulichen Löhnen in der Textilindustrie ist die Erhöhung von 5 Prozent völlig unzureichend und eine Befristung bis 1930 untragbar.

Linke SPD-Führer fallen den Textilarbeitern in den Rücken

Zu welchen schändigen Mitteln die „linken“ Sozialdemokraten greifen, um die Arbeiter vom Kampf um höhere Löhne zurückzuhalten, zeigt drastisch die „Plauener Volkszeitung“ vom Mittwoch dem 28. November. Dort wird der erstaunliche Schiedsentscheid, den der früher sozialdemokratische Gewerkschaftsangehörige Haack gefällt hat, als eine Niederlage der ländlichen Textilarbeiter hingestellt. Trotzdem die „Plauener Volkszeitung“ genau weiß, daß nur eine fünfprozentige Lohn erhöhung herausgekommen ist, und dabei im Durchschnitt eine Erhöhung von 2-3 Pf. pro Stunde herauskommt, schreibt sie, daß der Schiedsentscheid den Arbeitern eine Lohnverhöhung von 5 Pf. bringe. Auch die Tatsache, daß der Schiedsentscheid „nur“ 17 Monate Laufdauer vor sieht, im Gegensatz zu den von den Unternehmern geforderten 2 Jahren, wird von ihr noch als Erfolg hingestellt. Dieses „linke“ Organ erwartet von dem Reichsarbeitsminister, daß er den Schiedsentscheid unverbindlich erklärt. Diese Haltung der „linken“ beweist wieder einmal drastisch, welche traurige und schmutzige Rolle diese Leute spielen. Die ländlichen Textilarbeiter müssen diesen Schiedsentscheid ablehnen und geschlossen den Kampf um die von ihnen aufgestellten Forderungen sofort aufnehmen.

Die Werstarbeiter für Fortsetzung des Streits

III. Hamburg. Am Mittwoch hat in Bremen eine Werstarbeiterkonferenz stattgefunden, in deren Verlauf alle von der Streikleitung getroffenen Maßnahmen als billig wurden. Ansonsten wiederumstach die Konferenz der von Unternehmernseite wiederholt geäußerten Fassung, die Streikenden Werstarbeiter seien gewillt, zu den Bedingungen des Schiedsentscheids die Arbeit wieder aufzunehmen. Unbeholfen der langen Dauer des Kampfes hätten die Werstarbeiter den unbegrenzten Willen, den Kampf solange fortzuführen, bis die Unternehmer den berechtigten Forderungen der Arbeiter Rechnung trügen.

Der Schiedsentscheid für die Hagen-Schmelzer Metallindustrie für verbindlich erklärt

III. Berlin, 20. November. Der Schiedsentscheid für die Hagen-Schmelzer Metallindustrie ist heute mittags vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Ein SPD-Polizeipräsident verankert Razzia auf Sammlungen der JAH

Als am vergangenen Sonntag die Völkergruppe der JAH die Sammlung für die freilebenden Werstarbeiter durchführte, wurden kurz nach Beginn der Sammlung zwei Jungfrontkameraden verhaftet und aus der Polizeiwache festgehalten. Beiziehungslosen ließen die Straßen nach weiteren Sammlern ab. Anderseits hat der sozialdemokratische Polizeigewaltige nichts dagegen, daß zur gleichen Zeit eine Sammlung für die Kirchgemeinde St. Lorenz ungehindert stattfinden konnte, und die Heilsarmee an allen Ecken der Stadt schnorren kann so viel sie will.

Poincaré für Hermann Müller und für Große Koalition in Deutschland

Das halbmäßige Organ des Poincaré-Kabinetts, der „Tempo“ vom 27. 11., befaßt sich in einem Leitartikel mit der Großen Koalition in Deutschland, dem die westländigen Mäzen in Deutschland die größte Aufmerksamkeit widmen müssen. Das Organ des Poincaré-Kabinetts erklärt mit aller Entschiedenheit, daß die einzige Möglichkeit für eine solide Gruppierung der demokratischen und Mittelparteien“ die Große Koalition sei.

Die Wahlen haben eine solche Situation in Deutschland herbeigeführt, daß heute nur noch die Entscheidung zwischen Großer Koalition und zwischen Auflösung des Reichstages und Neuwahlen möglich ist. Der „Tempo“ geht mit Genugtuung hervor, daß die Sozialdemokraten gegen die Kommunisten vorgehen wollen. Nach einer Befreiung der Ergebnisse des bisherigen Kabinetts der Persönlichkeit folgt folgende Stelle, die von entscheidender Bedeutung ist:

„Die Frage ist, ob die Parteien entschlossen sind, ihre Sonderinteressen dem öffentlichen Allgemeininteresse zu unterordnen, das Deutschland an einer starken, von einer breiten parlamentarischen Mehrheit unterstützten Regierung in dem Augenblick hat, wo es im Begriff ist, internationale Verhandlungen anzutreten, von denen die Zukunft der europäischen Politik abhängt. Wenn der Reichskanzler Müller bei seinen Verlusten, die Große Koalition zu verwirren, Schiffbruch erleiden würde, so würde Deutschland unter viel schwierigeren Bedingungen erfolgreiche Verhandlungen führen können.“

Mit dieser Erklärung legt sich der französische Imperialismus offen für die Bildung der Großen Koalition in Deutschland ein. Das Organ eines der größten Kriegstreiber der Gegenwart, Poincaré, verhält gar nicht, aus welchem Grunde der französische Imperialismus die Große Koalition befürwortet. Deutschland ist im Begriffe, internationale Verhandlungen von

Gevering sagt: „Die Gewerkschaften müssen die Aufgaben der Technischen Nothilfe erfüllen!“

Berlin, den 29. November 1928.

Gevering sprach heute vor dem Reichstag. Und zwar nach der Stellung zur deutsch-nationalen Interpellation, die Auskunft forderte, warum denn eigentlich Gevering in Hamburg für den Abbau der Technischen Nothilfe gehalten habe. Der langen Rede füller Sinn von Severings Antwort war der: die Technische Nothilfe ist überfällig geworden, da die Gewerkschaften selbst die Aufgaben der Technischen Nothilfe erfüllen werden. Aber dennoch ist Severing nicht für restlosen Abbau. Wenn die Welle hochgeht ... dann muß man die Teno wieder haben. Im übrigen spricht er nicht für die Regierung, sondern nur als Kostminister.

Die Redner der bürgerlichen Parteien gaben dann auch den richtigen Kommentar zu Severings Rede, indem sie sämtlich von der Regel der Beibehaltung der Teno forderten. Sowohl der Demokrat Kühl, wie der Zentumsredner, wie der Botschaftsredner. Der Sozialdemokrat Oimbergs trat in die Fußstapfen Severings und erklärte sich sogar bereit, in direkte Verhandlungen mit den Arbeitgebern betreffs Sicherung der Rohstoffarbeiten (Nes: Streitbeschwerde) einzutreten. Aufmülligerweise äußerten sich sowohl Severing als auch Limbach zum Antrag der Kommunisten auf sofortige Auflösung der Teno nicht mit einem Wort. So blieb es unserem Genossen Berth vorbehalten, auf die ganze Arbeitsergebnislichkeit dieser sozialistischen Organisation einzugehen und mit Nachdruck ihre Auflösung zu fordern. (Die Rede des Genossen Berth veröffentlichten wir morgen im Auszug.)

Die Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf sofortige Auflösung wurde durch einen gemeinsamen Schlagzug des Botschaftspartei Karadoff verhindert. Er schlug vor, diesen Antrag dem Hauptausschuß zu überweisen. Und tatsächlich fand sich die Sozialdemokratie bereit, mit den anderen Regierungsparteien diesem Antrag zuzustimmen. Auch der kommunistische Antrag gegen Severing lag auf Wunsch des Schatzmeisters von Karadoff nicht mehr zur Abstimmung.

So hat die Front der Regierungsparteien wieder einmal die Teno gerettet, und ihren Minister Severing. Welch schamloses Spiel trieben auch diesmal wieder die Sozialdemokraten?

Die SPD setzt ihren Schwund fort!

Trotz der einwandfreien Darlegung, daß es sich bei den im der SPD-Briefe veröffentlichten angeblichen Brief eines Thüringer Genossen um eine Fälschung handelt, führt die SPD-Briefe die Lügen-Kampagne weiter. In unserem Thüringer Bruderkontrakt, dem Thüringer Volksschiff, Gotha, verschärfen die Genossen Nikolaus Pfaff und Erich Hellmann eine gemeinsame Erklärung, daß weder vom Genossen Nikolaus Pfaff ein solcher Brief gedieben worden sei, noch Genosse Erich Hellmann einen solchen Brief erhalten habe. Der Genosse Albert Kramer, Gräfenthal, erklärt in der gleichen Zeitung, daß er nie einen Brief, der vom Genossen Pfaff an den Genossen Hellmann geschrieben sein sollte, vorgelesen und abgeschrieben habe, doch er nie einen Brief an den Landtagsabgeordneten Zimmermann mit einer Abschrift eines Briefes vom Genossen Pfaff an den Genossen Hellmann geschrieben hat, und daß er auch nie einen Brief über Wohlfahrtsangelegenheiten an den Landtagspräsidenten Leber gezeichnet, abgeschickt oder abgeschaut habe.

Trotzdem erklärt der sozialdemokratische Landtagspräsident Leber noch am Dienstag den 27. 11. in der SPD-Briefe, es handle sich um einen echten Brief. Leber beichtet sich dabei auf ein Telefongespräch, in dem angeblich Genosse Zimmermann die Schrift des Schwunddokumentes zugesehen habe. Aber über eht oder unrecht des Briefes ist telefonisch mit Leber überhaupt nicht gesprochen worden, und außerdem hat, wie mir bereits festgestellt, ja der sozialdemokratische Landtagspräsident Leber unserem Genossen Tenner gegenüber erklärt, daß er Ihnen vorher müsse, daß es sich bei der Schrift des Briefes um eine verstellte Handschrift handele.

Es hilft der SPD nichts; der Wahlschwund mit dem gesuchten Brief ist nur zu rasch entlarvt worden, und lehrt sich jetzt gegen seine Urheber.

Der Zweck des Thüringer Urlesswindels

Während die gesamte sozialdemokratische Presse unentwegt den gefälschten Brief des Genossen Nikolaus Pfaff zu endlosen moralischen Angriffen gegen unsere Partei ansetzt, enthält die Plauener Volkszeitung am 28. November den wahren politischen Sinn des Hälschermanövers. Sie schreibt:

„In Thüringen läden am kommenden Sonntag die Gemeinderatswahlen ab, und wenn nicht alles läuft, wird dieser Brief Wunder wirken.“

Damit wird zugegeben, daß die Brieffälschung nur den Zweck hatte, die Thüringer Gemeinderatswahlen im sozialdemokratischen

Misstrauensantrag gegen Gevering

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte nach der Rede des Innensenators Severing in der Donnerstagssitzung folgenden Antrag ein:

„Der Reichsminister des Innern, Gevering, besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages, weil seine Rede zur Technischen Nothilfe bewiesen hat, daß diese arbeiterfeindliche Organisation nicht aufgelöst werden soll, und wenn überhaupt ein Abbau der Technischen Nothilfe erfolgt, dafür die Gewerkschaften als Ersatz in immer stärkerem Maße zu dem Streitbruch verwendet werden sollen.“

Das Eingeständnis der Beflügler

Endlich rückt die linke sozialdemokratische Presse mit dem Bekenntnis heraus, daß sie den ganzen Lärm gegen Panzerkreuzerbau und Koalitionsrecht nur gemacht hat, um — die SPD vor den Arbeitern zu retten. Unter dem Titel „Erfolgreiche Arbeit“ schreibt das Zwölfer-Sächsische Volksblatt am 27. November:

„Die Entscheidung der Minister hat ein bisschen Unruhe in den parlamentarischen Betrieben gebracht, die Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion hat die Koalitionsruhe beträchtlich gestört, aber gerade durch die Entscheidung wurde erreicht, daß das am 10. August schwand gewordene Vertrauen der Massen zur Sozialdemokratie wieder gestiftet wurde ... Die Schließung der Partei und die dadurch mögliche gewordene Zurückeroberung des verlorengegangenen Vertrauens ist der Erfolg der Arbeit der Linken innerhalb der Partei.“

Linke kann man nicht zugeben, daß die radikalen Redensarten der „Linken“ nur einzige und allein den Arbeitern verfolgten, das festegefaßte Parteibündnis der Panzerkreuzerbemühten, das festsitzende Diktatoren und Koalitionsrechte wieder flott zu machen. Die Arbeiter werden sich das für fünfzig Fälle merken.

Nur in einem Irrtum das „linke“ SPD-Blatt; es bildet sich ein, daß der „linke“ Flügel der SPD-Führer den Entstehungssturm der Arbeiter erst geweckt habe. Umgekehrt wird ein Schuh daraus; es waren die Arbeiter, deren Empörung die „Linken“ führt zu einem paar radikalem Manövern veranlaßt — nach ihrem eigenen Geständnis nicht zur Entstehung, sondern zur Beschleunigung des Menschenreiches. Die Arbeiter, die der SPD und vor allem den „linken“ Beflügtern nach folgen, sind aber nach wie vor bereit zum Kampf gegen die sozialimperialistischen Verbrechen der Panzerkreuzerhelden.

Die SPD setzt ihren Schwund fort!

In der Einwohnerliste zu beeinflussen. Allerdings wird nach diesem immerhin offensichtlichen Geschehens der gefälschte Brief das Wunder wirken, daß die weitausste Bevölkerung Thüringens auch bei den Wahlen zum Ausdruck bringt, wie sie eine Partei einstehen, die an Stelle sachlicher politischer Argumente zu derartigen Massenschäften, wie Brieffälschungen, ihre Zuflucht nehmen muß.

Krise im Hamburger Reichsbanner

Am 15. November wurde vom Reichsbanner Schwarzblood, Kreis Hamburg, ein Rundschreiben verfaßt, mit der Überschrift „Bericht: Werbung“. Darin heißt es wörtlich:

„Sicherlich hast du auch den Ernst der Lage in unserer Abteilung erkannt und bist selbst der Überzeugung, daß wir den Ausfall der Kameraden in St. Georg-Nord unbedingt wieder einkochen müssen. Dein Beitrag ist einmal einmal umzuschauen, ob du in deinem Nachbar- und Bekanntenkreis noch eine Neuauflage findest. Wenn jeder Kamerad nur ein neues Mitglied gewinnt, so haben wir den Abgang von St. Georg-Nord wieder ausgeglichen. Wer 2 Neuauflagen bringt, erhält den neuen Reichsbanner-Kalender als Prämie. Einmal haben wir 137 NW. und 44 NW-Mitglieder verloren; also müssen auch neue Leute gewonnen werden.“

Das Rundschreiben ist unterschrieben von einem gewissen W. Andretzen, Hamburg, Heldenkampsweg 80, Haus 6, 2. Et.

In kurzer Zeit hat also das Reichsbanner in einer Kommerzialschule über Reichsbannerleute verloren, so daß die ganze Kommerzialschule St. Georg-Nord aufgelöst werden mußte. Auch der große Abonnentenkreis beweist, daß sich die Arbeiterlemente wieder auf ihre klassischen Interessen definieren.

Fünf Bauarbeiter durch Gerüsteinsturz schwer verletzt

II. Saarbrücken, 29. November. Bei den Röhringwerken in Böllingen brach ein Gerüst zusammen, das zu Reparaturen zwecken um den hochsogenen 3 aufgestellt war. Die auf dem Gerüst beschäftigten fünf Arbeiter fielen ab und wurden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Gurchtbare Unwetterverheerungen in Griechenland

Wien, 29. November. Bei den Röhringwerken in Böllingen brach ein Gerüst zusammen, das zu Reparaturen zwecken um den hochsogenen 3 aufgestellt war. Die auf dem Gerüst beschäftigten fünf Arbeiter fielen ab und wurden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Bißiger 40 Todesopfer

III. Wien. Das Neue Wiener Tageblatt meldet aus Athen, daß das seit zwei Tagen in ganz Griechenland herrschende Sturmwetter unzähligen Schäden verursacht hat, der allein in Patras auf drei Millionen Drachmen geschätzt wird. Die schwere See verursachte an zahlreichen Stellen den Einsturz der Dammwälle, die zum Teil die Warenpeicher mit sich riß. Am schwersten ist Tenedi von dem Unwetter heimgesucht. Das Hochwasser hat derart zugenommen, daß die Bevölkerung auf die Dächer flüchten muß. Die Flut steigt andauernd. Neben dem gesamten Bölkland, der ertrank, sind bisher 40 Menschenleben zu beklagen. Auch in Athen und in Piräus hat die Unwetterkatastrophe großen Schaden angerichtet. Im Hafen rissen sich große Dämme von den Unterloten und wurden wie Ruhghallen gegeneinander geschleudert. Nur unter ungeheurem Anstrengung gelang es, sie ans Land zu schleppen. Fast sämtliche Auslandsdampfer sind überflutet.

22 Verlepte bei einem Eisenbahnunglück in Spanien

III. Paris. Am Mittwoch stiegen auf der spanischen Eisenbahnstrecke Villa-Balencia in der Nähe des Dorfes Musleta zwei voll beladene Personenwagen zusammen. Die beiden Lokomotiven und sieben Wagen wurden vollständig zertrümmt. 22 Reisende wurden verletzt, davon acht schwer.

Eisenbahnunglück bei Belgrad

III. Belgrad. In der Nähe von Belgrad stieß am Donnerstagvormittag ein Güterzug mit einem Personenzug zusammen. Die beiden Lokomotiven wurden schwer beschädigt. Ein Fahrgäste wurde getötet, eine Anzahl weiterer Personen verletzt, darunter drei schwer. Als Ursache wird Unvorsichtigkeit eines Bahnbeamten angegeben.

Sieben Opfer eines Gerüsteinsturzes in Algier

III. Paris. In Algier stürzte in der Kirche Notre Dame d'Afrique ein 20 Meter hoher Gerüst ein, auf dem sieben Arbeiter mit Malerarbeiten beschäftigt waren. Zwei von ihnen wurden getötet und fünf schwer verletzt.

Gassvergilgungen auf einem brasilianischen Unterseeboot

III. London. In das im Hafen von Rio das Cobras liegende brasilianische Unterseeboot lief Wasser ein, das sich mit den Akkumulatoren befindlichen Säuren vermengte und dicke Gaswolken verursachte. Ein Decksoffizier und sechs Matrosen wurden dadurch vergiftet.

Unternehmerbetrug bei den Werksparassen

Der kommunistische Antrag im Sächsischen Landtag für ein Verbot der Errichtung neuer Betriebskrankenkassen angenommen / Um die Finanzpolitik des deutschen Monopolkapitalismus

Dresden, den 20. November 1926.

Die 95. Plenarsitzung des Sächsischen Landtages beschließt nach eingangs mit der zweiten Beratung des kommunistischen Antrages, der verlangt, daß

keine Betriebs- und Innungskrankenkassen mehr errichtet werden dürfen. Der Rechtsausschuss hat mit Mehrheit dieses Antrag abgelehnt.

Genosse Schessler

betont nach der Berichterstattung als Fraktionsvertreter, daß die Beschlüsse der Krankenkassenweisung eine schwere Benachteiligung der Betriebssicherheit und Überleben der Betriebs- und Innungskrankenkassen naturgemäß weit mehr als die offiziellen Krankenkassen unter dem Diktat und Machtprinzip der Unternehmer stehen. Offensichtlich betrifft dort das Interesse des Profits der Unternehmer über das Interesse der versicherten Kranken. Hinzu kommt, daß die großen Betriebskrankenkassen viel leistungsfähiger sein müssen. Allerdings wissen wir und erklären dies auch offen, daß die wirkliche Sorge um das Wohl und Wehe des werktäglichen Kranken nur ein Teil des Kampfes um die wirtschaftliche und politische Macht der Arbeiterschaft sein kann. Genosse Schessler beantragt Annahme des kommunistischen und Ablehnung des Rechtsausschuskantrages. In der Debatte unterstützt der Sozialdemokrat Wehr noch den kommunistischen Antrag, der dann mit einer Stimme Mehrheit angenommen wird (Lebhaftes Bravo! Unis). Die Regierung sieht ganz verstattet auf ihren Bänken.)

Hickmann, die schwarze Schwatz

Während der Abstimmung wird in den kommunistischen Räumen bekanntgemacht, daß die Volkspartei den Pfosten Hickmann für den neu zu besetzenden Posten des Kultusministers vorschlägen gedenkt. Darauf lehnen laute ironische Jurufe bei den Kommunisten ein. Die Abgeordneten Nennier, Voitker, Rößler und Oppi rufen: "Koalition der Schwarzen Schwatz! Pfasse als Kultusminister!" Den Koalitionsparteien sind diese Jurufe höchst unangenehm, insbesondere die Demokraten verurteilen ihre schmachvolle Situation durch blöde Jurufe gegen die Kommunisten zu verdecken. Erst nach diesem Zwischenfall werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf einheitliche Regelung der ländlichen Bauarbeiterzulassungsbemerkungen wird ebenfalls angenommen.

Um den 18-Uhr-Ladenabschluß

Nunmehr begründet Ebert (Soz.) einen Antrag seiner Fraktion gegen das Öffnenhalten der Ladengeschäfte vor 7 und nach 18 Uhr.

Anschließend daran wendet sich sofort ein Wirtschaftsvertreter gegen den 18-Uhr-Ladenabschluß mit dem ziemlich durchsichtigen Vorwande, man müsse eine Einschränkung des gewerblichen Handels im Hinblick auf die großen Warenhäuser befürchten. Der Kleinbürger will nicht verstehen, daß sich ein 18-Uhr-Ladenabschluß zugunsten der Angestellten und gerade gegen die Überstandensbedürftig in den großen Kaufhäusern auswirken muß. Bezeichnend ist, daß schließlich der Herr Mittelstandsvertreter besonders gegen die kleinen "Trinkhälften" heißt. So steht der Kampf dieser Hertzen gegen die "großen Kaufhäuserkapitalisten" aus.

Natürlich unterstützt auch der Syndikus Dr. Kastner (Dem.) den Unternehmenspunkt und wirkt den Antragstellern (allerdings nicht ganz zu Unrecht!) Demagogie vor. Das heißt, er weiß wohl, daß die Sozialdemokraten nur unter dem Druck der Angestellten vertreten, aber er weiß ebenso, daß die Angestellten sehr ernsthaft und mit größter Berechtigung den 18-Uhr-Ladenabschluß fordern.

Genosse Schessler

erklärt die Zustimmung der kommunistischen Fraktion zu diesem Antrag. Insbesondere hebt er hervor, daß die Verhinderungen der Arbeiterschutzbemerkungen zu Gegenmaßnahmen zwingen. Die Ausbeutung der kaufmännischen Angestellten hat so krasse Formen angenommen, daß keineswegs als Grund dagegen geltend gemacht werden kann, daß man auf die kleinen Geschäftsinhaber Rücksicht nehmen müsse. Gerade ein 18-Uhr-Ladenabschluß wird gegen die großen Kaufhäuser gerichtet werden. Auf jeden Fall muß gegen die Sladerer der kaufmännischen Angestellten angekämpft werden.

Nachdem in der Debatte noch ein Deutschnationaler in äußerst demagogisch-herrscherlicher Weise den Unternehmenspunkt vertreten hat, geht der Antrag an den Rechtsausschuss.

Auf eine Anfrage des Deutschnationalen Schladebach erklärt die Regierung, daß die Belieferung der Landesanstalt Alsdorf mit Nahrungsmitteln unter Verhinderung kleinerer Landwirte und Händler geschieht, jedoch sei festgestellt worden, daß die von einem Landwirt gelieferten Nahrungsmittel völlig verdorben gewesen seien. (Stützliches Hört Hört b. d. Kommunisten.) Schladebach durch eine kleine Schiebung des Herrn Höfmann. Minister in jso. Beipredigt durchgesetzt worden ist, vertritt Herr Schladebach die Interessen seiner deutschnationalen Landwirte, allerdings verhältnisweise geschäftsschlüssig.

Gegen die Werksparassen

richtet sich ein Antrag der kommunistischen Fraktion, der nunmehr zur Beratung steht. In ausführlicher Rede begründet

Genosse Siegel

diesen Antrag. Eingehend legt er dar, daß im Zusammenhang mit der Verkürzung der kapitalistischen Wirtschaft immer mehr mittlere und kleine Unternehmer in Zahlungsschwierigkeiten geraten und kontrakt gehen. Dabei stellt sich heraus, daß von den Unternehmern geradezu

ungeheure Summen der Arbeiterversicherungsbeiträge nicht ordnungsgemäß abgeführt

wurden und dabei die in logenartigen Werksparassen untergebrachten Gelder der Arbeiter und Angestellten verloren gehen. Die Leidtragenden dieses Betriebsmanövers sind hiesige Wohn- und Gehaltsempfänger. Genosse Siegel führt eine ganze Anzahl von lästigen Betrieben an, die große Summen der Arbeiter und Angestellten in ihren Betrieb arbeiten lassen, die Versicherungsbeiträge zurückzahlen und dann beim Konturs die dort Beschäftigten ohne Versicherung und ohne Garantien für ihr "Lebenssicherheitsfonds" beladen. Um die ihnen rechtlich zukehrenden Gelder müssen dann die betrogenen Arbeiter und Angestellten noch einen schweren Kampf führen. Um diesen unerträglichen Zuständen entgegenzutreten, verlangen die Kommunisten:

1. Bessere Kontrolle der Versicherungsabführung durch die in Frage kommenden Stellen;

2. Verbot der weiteren Errichtung von Werksparassen und Auflösung der bestehenden. Das eingezahlte Geld ist mit zunehmenden Zinsen wieder an die Sparte zurückzuerfordern.

Doch sich die Unternehmer durch diesen Antrag getroffen fühlen, zeigt die heute noch auf der Tagesordnung liegende Anfrage der Volkspartei über Kreditmarktpolitiken der östlichen Wirtschaft. (Der präsidentende Hickmann unterrichtet den Redner und verbietet ihm, über diesen Antrag jetzt schon zu sprechen.) Dennoch steht fest, daß hinter der Jammertal über die "Kredit-

schwierigkeiten der Wirtschaft" nur die Tatsache verbirgt werden soll, daß die Unternehmer widerrechtlich heimlich sich die Gelder der Arbeiter angeeignet haben, um sich zu bereichern.

Der Fall Ruppershammer, Baunen,

beweist dies ganz deutlich. Arbeiter haben dort über eine Million gespart, die beim jetzt eingetreteten Bankrott einfach nur mit aus der gewöhnlichen Kontumasse bestreiten werden sollten. Erst ein heftiger Kampf hat den Arbeitern zu ihrem Recht verholfen. Aber die Tatsache selbst beweist zur Genüge, wie bestreitig die kommunistische Forderung ist, die im Interesse der Arbeiter und Angestellten erhoben worden ist. Im Auskuff werden die Kommunisten noch weiteres Material unterbreiten und nachweisen, in welch unverantworteter Weise sich die Unternehmer Arbeitergelder aneignen.

Der Sozialdemokrat Ebert unterstützt den kommunistischen Antrag. Der Antrag wird dem Rechtsausschuss überwiesen.

Zum Schluß kommt es noch zur Behandlung der herzlichen Anfrage der Volkspartei, die lamentiert über die Benachteiligung der ländlichen Wirtschaft bei der Verteilung der in Sachsen aufgebrachten Steuergelder durch das Reich. Die Regierung erklärt hierzu, daß sie alles versucht, um die Reichsteuergelder in größtmöglichem Umfang der östlichen Wirtschaft zu erhalten oder wieder zuzuführen.

Genosse Voitker

entlarvt die Heuchelei der Antragsteller und der Erklärung der Regierung. Es zeigt auf, daß die Schwierigkeiten bei der Kreditgewährung begründet sind in der Entwicklung des Kapitalismus zur Konzentration und Vertreibung. Es handelt sich bei dem östlichen Unternehmensprotest auch nur um einen Streit, um den Anteil an der "Reute" aus den Knochen der werktäglichen Steuerzahler. Die dabei durchgeführte systematische Ausköhlung der Gemeinden und Länder liegt in der Linie des systematischen Unterbindens einer selbständigen Kultur- und Sozialpolitik durch

das zusammengeklammerte Großkapital, die am besten durch die Auslandsanleihenpolitik des Reichsbankpräsidenten gekennzeichnet wird. Während für Gemeinden und Länder eine Sperrverhängung wurde, gewährte man dem Privatkapital das Recht auf Anleihen, für die man Steuergelder als Garantien gewährte. An diesen Tatsachen ändert der Theaterdramatur der bürgerlichen Parteien in den Ländern nicht das geringste, vielmehr soll er nur den Wählermassen verkleidern, daß diese großkapitalistische Finanzpolitik des Reiches vollkommen

in der Linie des gesamten Monopolkapitalismus

liegt, deren offene Diener und Vasallen die Parlamentarier aller kapitalistisch-bürgerlichen Parteien sind. Die Protestpapiere der Parlamentarier sollen die verzweigten kleinen und mittleren Unternehmer nur weiter vor den Ratten des Großkapitals spannen. Einen anderen Sinn haben diese Protestpapiere. Der Reichsbankpräsident wird die Protesterklärung der östlichen Regierung nicht anders bewerten als ein Stück Klosettspapier. (Gelächter Unis.) Bezeichnend ist aber, daß man es in den Unternehmertreffen als selbstverständlich betrachtet, daß öffentliche Steuergelder zur Finanzierung der Unternehmerschaften, zur Steigerung des Profits der Privatkapitalisten benutzt werden. Ein sozialdemokratisches Finanzminister ändert an dieser Tatsache nichts. Der Arbeiter muß daraus erkennen, daß der bürgerliche Staatsapparat lediglich ein Instrument des Privatkapitals, des Monopolkapitalismus darstellt und daß der Kampf gegen die Auspionierung durch das Privatkapital auch ein Kampf gegen den bürgerlichen Staat, gegen den politischen Machtapparat des Kapitalismus sein muß.

Mit der Bezeichnung dieser Anfrage werden die Verhandlungen abgeschlossen.

Die nächste Sitzung, die Donnerstag den 8. Dezember stattfindet, wird mit einer großen Polizei- und Kommunisten-debatte ausgefüllt werden.

Groeners Militärprogramm

"Bewegung verbürgt den Sieg" — für den Lustkrieg

Vor der Deutschen Gesellschaft 1914 hielt der Reichswehrminister der Großen Koalition, General Groener, vor einigen Tagen einen Vortrag über wehrpolitische Fragen. Er gestört zunächst die Legende, daß er bei der parlamentarischen Vertretung des Panzerkreuzerbaus nicht mit ganzem Herzen bei der Sache gewesen sei; er betrachte die deutsche Flotte als notwendigen Werkzeug der Landesverteidigung, und man müsse sie "organisch aufbauen".

Dann wandte sich Groener seinem eigentlichen Thema zu und führte laut dem Bericht der Berliner Börsezeitung aus:

"Vor dem Kriege habe man sich darüber gestritten, ob stehendes Heer oder Flottille besser seien. Der Flottillegerdante habe 1918 verfaßt, und Ebert habe sich entschieden für eine zuverlässige Form eingelegt. Die Reichswehr könne dem ersten Reichspräsidenten deshalb nicht dankbar genug sein."

Es war also Friedrich Ebert, der zusammen mit Rosse die Grundlagen für den neuen deutschen Militärismus gelegt hat, und zwar nicht für einen veralteten, sondern für den zeitigen hochmodernen militärischen Apparat. Groener ruft fort, daß heute in den einzelnen Staaten die verschiedensten Wehrsysteme nebeneinander bestehen.

"Entscheidend sei das Verhältnis der Räder zu den Reitern."

Hier schaltet Groener, sicher zur Belustigung seiner Zuhörer ein, daß Deutschland keine Reserven besitze und deshalb abgerüstet habe.

Über die Fragen neuzeitlicher Wehrhaftigkeit führte Groener aus:

"Die Wassergottungen hätten sich seit dem Kriege vermehrt. Alles dränge auf geistige Beweglichkeit. Nur Bewegung verbürgt den Sieg. So sei auch heutzutage Kavallerie nötig, die er sich als moderne Halburen und Maschinengewehrtroops denkt. Im Kriege seien entstanden die Kampfwagen, der chemische Krieg und die Fliegwaffe."

Groener hält die Kampfwagen, gegen die Abwehrwaffen gefunden werden können, und die chemische Waffe nicht für ausschlaggebend; im Kampf zwischen Briten und Farben werde Briten Siegen. Jedoch die Fliegwaffe sei außerordentlich wichtig.

"Es sei möglich, daß sie das strategische Ziel verändere: nicht mehr das stehende Heer, sondern das Volk des Gegners; möglich sei auch eine Verschiebung der Basis ... Die Taktik sei durch die Fliegwaffe schon durchgreifend verändert; sie habe die Atomisierung des Kampfes erreicht."

Wenn man die außerordentlichen Anstrengungen berücksichtigt, die in Deutschland besonders im letzten Jahre zum Aufbau einer leistungsfähigen Fliegengewerbeindustrie nebst der Erzeugung der not-

wendigen "Stimmung" gemacht wurden, begreift man den Sinn dieser Ausführungen Groeners. Auch das imperialistische Deutschland bereitet sich vor, im kommenden Kriege nicht nur das feindliche Heer, sondern "das Volk des Gegners" aufs Korn zu nehmen.

Am Schluß seiner Rede betonte Groener den großen Wert der geistigen Ausrüstung. "Er müsse aber auch vor Illusionen warnen, daß die ideellen Kräfte überschreite und die Unterlegenheit der Waffen und der Kriegswirtschaft übersehe". Ein deutscher Wunsch an die Sozialdemokratie, in ihrer "positiven Wehrpolitik" fortzufahren.

Die Rede Groeners, kurz nach Bewilligung des Panzerkreuzerbaus, ist von außerordentlicher Bedeutung. Sie enthält das Militärprogramm nicht nur des Reichswehrministers, sondern der Großen Koalition. Groener braucht die Bedeutung der chemischen Kampfmittel nicht zu unterstreichen; in dieser Hinsicht ist der deutsche Militärismus durch seine große chemische Industrie eingedickt. Als Realpolitiker fordert Groener jetzt den Aufbau der Luftwaffe und der Flotte, um die Ausrüstung Deutschlands zu vollenden.

Wollen die sozialdemokratischen Arbeiter diese verbrecherischen Kriegsvorbereitungen auch weiterhin durch Duldung der Großen Koalition dulden?

SPD-Geschliebung gegen die zweite Rate

Der Chemnitzer 15. Unterbezirk der SPD hat folgende Entschließung angenommen:

Die am 26. November abgehaltene Konferenz des 15. Unterbezirks steht in jedem Heeresystem, gleich welcher Organisation, ein Instrument der herrschenden Klasse, gefügt den imperialistischen Plänen der Kapitalisten. Die Konferenz fordert daher von unserer Reichstagstraktion, alle Mittel, die zur Ausrüstung führen, anzuwenden, insbesondere geschlossen, einschließlich der Minister, gegen die zweite Rate für den Panzerkreuzer zu stimmen und alle Ausgaben abzulehnen, die zu Rüstungszwecken dienen.

Die Chemnitzer sozialdemokratischen Arbeiter werden in einigen Monaten erleben, daß ihre Resolutionen von den rechten und "linken" Führern ebenso mit einer Handbewegung erledigt werden, wie dies nach dem Panzerkreuzerbeschuß und während des Volksdegenktes der Fall war.

Englands Baltikumpläne

Neue Entwicklungen der Krasnaja Swjeda

Die Krasnaja Swjeda, das Organ der Roten Armee, macht weitere Mitteilungen über die diplomatischen und militärischen Kriegsvorbereitungen der Entente-mächte gegen die Sowjetunion, insbesondere über die englischen Pläne im Baltikum.

Das Blatt schreibt, die englische Regierung sei daran interessiert, eine Flottbasis im Baltischen Meer auf den Inseln Dessel und Dag zu errichten. Die britische und die französische Flotte hätten ein Interesse daran, freien Durchzug durch den Großen und den Kleinen Belt zu erhalten. Die Londoner und die Pariser Regierung hätten zu diesem Zweck Verhandlungen mit den dänischen Regierung eingeleitet, um Dänemark in den Antikommunistenblock einzubringen. Die britische und die französische Flotte würden durch Gewinnung der freien Durchfahrt Verbindung mit dem polnischen Hafen Gdingen finden, um so die Versorgung der polnischen Armees zu sichern.

Zu der neuesten Rundreise des französischen Generals Verdon auf dem Balkan schreibt die Krasnaja Swjeda, der General "für besonders wichtige Aufträge". Verdon, rufe durch sein abwechselndes Auftauchen in den verschiedenen politischen Zentren der Balkanländer und der an die Sowjetunion angrenzenden Staaten nachgerade auch den Verdacht der bisher unverhältnismäßigen Optimisten hervor.

Doch Aufträge wie die enge Verbindung Polens und Rumäniens, die Aussöhnung Rumäniens mit Ungarn, die Fühlungnahme mit Jugoslawien usw. nicht einem zünftigen Diplomaten, sondern einem General übertragen werden, lasse klar erkennen, daß die politischen Ereignisse schon jenseit vorgezeichnet sind, daß nur noch ein Techniker für die Formulierung und Übereinstimmung der militärischen Konventionen notwendig ist.

Der neue deutsche Botschafter in Moskau



Geheimerat von Bredow

Aus dem Dresdner Stadtparlament

Die neue Wohnungsvergabe beschlossen — Kommunistische Abrechnung mit Dr. Tempel

Bon den eingegangenen Schreiben, die in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung vorliegen würden, war es nur eins, das allgemeines Interesse beanspruchte: Das Schreiben der

3000 dem Hungertode ausgeließerten Dresdner älteren Angestellten.

Das Schreiben wurde einem Ausschluß überwiesen.

Die

Rattenplage in Löbau,

die sich in letzter Zeit besonders stark ausgeweitet hat, behandelte eine Anfrage des Stadtverordneten Pöhlig. Der Rat läßt erfahren, daß wahrscheinlich das lange Zögern des städtischen Balzers im unteren Weißeritzlauf Schul daran sei. Für Abhilfe soll gesorgt werden.

2500 erwerbstätige Kinder in Dresden

Verbot der Kinderarbeit

im Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Industrie.

Gen. Schwarze hatte vor Monaten in einem Antrag vom Rat eine Auflistung der in Dresden erwerbstätigen Kinder verlangt. Sie ist inzwischen den Stadtverordneten zugänglich. Aus ihr ergibt sich (wie haben darüber schon ausführlich berichtet), daß in Dresden über 2500 Kinder auf verschiedenen Gebieten erwerbstätig sind. Der größte Skandal ist dabei, daß eine größere Zahl Kinder zur Arbeit bei Landwirten vom Arbeitsnachweis vermittelt wurden. Diese Kinder wurden vom Schulunterricht befreit! Nicht kann so früh die heutige kapitalistische Gesellschaft charakterisieren, als gerade die Kinderarbeit! Ein Antrag des Genossen Schwarze, der ein Verbot der Unterrichtsbefreiung für Arbeiter im Handel und Gewerbe, Landwirtschaft und Industrie verlangt, wurde angenommen.

Die neuen Grundlagen für die Wohnungsvergabe.

In Zukunft sollen für Wohnungsuchende besondere Karten, die für eine bestimmte Zeit Gültigkeit haben, ausgestellt werden. Die Wohnunglosen haben sich dann die Wohnung selbst ohne Schein vom Wohnungsamt nur auf Grund der Instrukte im Wohnungsangeiger zu suchen. Sozialdemokrat Hammer verfügt, die Vorlage des Rates als Fortschritt für die Wohnungsuchenden hinzusehen. Rößl (SPD) bemüht sich ebenfalls, nachzuweisen, daß diese Änderung der Wohnungsvergabe keine Verschärfung bedeute, sondern darüber hinaus auswirken müßt, um abzuwarten. Dann ergibt er sich in Verhandlungen gegen die KPD. Die Genossen Schäpele und Gäßel behaupten sich ausdrücklich mit dieser Materie und weisen nach, daß die Arbeiter allein dadurch, weil sie im Betrieb stehen, nicht in der Lage sind, so schnell als möglich sich den neuen Wohnungsangeiger zu beschaffen, um als erste beim Hausschalter nachzutragen zu können, und starke Verschlechterung für sie eintritt. Es kommt dem Wohnungsamt ja auch gar nicht darauf an, Verbesserungen für die Arbeiter zu schaffen, sondern etwas für das Städtebild herauszuschinden! Die Angriffe, die Rößl gegen die KPD-Kräfte wegen angeblichen Fehlens in Ausschüssen erhoben, enden für ihn mit einer Blamage. Nicht allein, daß er zugeben muß, daß er sich „geizt“, sondern von unserer Fraktion wird festgestellt, daß es gerade Stadtverordnete der SPD sind, die oft genug fehlten.

In der Abstimmung werden die Anträge der KPD abgelehnt und das Gutachten über das neue Wohnungsvergabungsverfahren gegen die Stimmen der KPD angenommen.

Zu einer

harten Abrechnung mit Dr. Tempel

und den Krankenhausstandalen kommt es anlässlich eines Antrages des Stadtverordneten Pöhlig (SPD) über die Bildung eines Untersuchungsausschusses wegen der

Mißstände im Krankenhaus Johannstadt.

Stadtrat Dr. Tempel benutzt die Gelegenheit, um einen geradezu dummbrezigen Angriff gegen das gesamte Kollegium und im besonderen gegen die Linke zu unternehmen. So betreibt er einfach, daß im Krankenhaus Johannstadt vor einer Jahrzeit Kündigungshandlungen vorgenommen sind, dies, obwohl ein Ausschluß in dem Bürgerliche laken, die Misshandlungen einmütig feststellte.

Genosse Gäßel

geht keine Antwort zu einer scharfen Abrechnung mit Stadt- rat Dr. Tempel. Er zeigt, daß Tempel als ein typischer Vertreter der Trustbourgeoisie auffaßt. Tempel war es, der den Ruf der Industriellen auf Verlängerung der Arbeitszeit ausgriff und in den städtischen Krankenhäusern eine Arbeitszeit der Pfleger und Pflegerinnen bis zu 60 (!) Stunden einführte. Sehr oft mußte sich das Kollegium damit beschäftigen, ohne daß

bis heute eine Änderung des Systems durchgeführt worden ist. Dazu kommt, daß

in den Krankenhäusern ein unerhörtes Spiegelssystem

herrscht, das es den Angestellten beinahe unmöglich macht, sich gegen die Schikanen zu wenden. Die Entfaltung des Personals ist grenzenlos. Es ist vorzulegen, daß Pflegerinnen vor Mut und Entschluss über die ihnen abverlangten Leistungen auf der Treppe laut weinen. Tempel war es auch, der den Pflegerinnen verbietet, Büffolio zu tragen (!). Am schlimmsten scheint es im Johannistädter Krankenhaus zu sein. Hier herrscht — unter den Schülern Dr. Tempels — Fraulein von Abendrot. Wehe, wer sich bei ihr missliebig macht! — Heute noch soll hier bei Pflegerinnen die Differenzen zwischen altem u. neuem Gehalt nicht noch gezahlt sein. Die Leitung der städtischen Krankenhäuser steht sich bewußt einer fortschreitlichen Entwicklung in den Weg. Die

Dresdner Einwohner werden auch mit dieser Leitung aufzutreten müssen!

Die glänzenden Ausführungen des Genossen Gäßel haben harfe Beweisung im ganzen Hause gefunden. In der weiteren Diskussion bringen Redner der SPD noch viel Material über Missstände vor allem im Johannistädter Krankenhaus hervor. Man erfaßt u. o., daß der Stadtrat Dr. Tempel keine Reaktionen des Krankenhauses durch Stadtverordneten verhindern kann! Des weiteren ist es nicht selten vorgekommen, diesen ließ (!). Des weiteren ist es nicht selten vorgekommen, daß Kranken wegen Überfüllung des Krankenhauses von einem Krankenhaus zum anderen gefahren wurden, um sie los zu werden. Die Bildung des Untersuchungsausschusses wird beschlossen.

Am Schlusse der Sitzung holt sich der bürgerliche Stadtverordnete Sättler noch eine gründliche Blamage. Er hat an den Rat eine Anfrage gerichtet wegen annehmbarer unsittlicher Vorlesemaße im Erholungsheim an den Wilsdorfer Waldteichen. Was da alles Aberglaube erzeugt haben soll: entblößte Kinder, weibliche Personen „bloß“ im Turnhalle und Bühnenbälter, Nachtfest, Zingen der Internationale und vieles andere mehr. Und die Antwort des Rates? Es waren alles nur Sättlersche „Enten“. Unter klallenem Gelächter des Hauses wurde damit nach Mitternacht die öffentliche Sitzung geschlossen.

Schweres Unglück in einer Sandgrube am Heller

Unmittelbar am Anfang des Hellers befindet sich die Sandgrube der Firma Frenzel & Stein, dort geschoß am Donnerstag ein furchtbartes Unglück, dessen Ursachen man noch erörtert.

Ein gewaltiger Sandbagger stürzte um und auf den Arbeiter Alfred Pätz, e. aus der Johann-Meyer-Straße. Der im gleichen Betrieb beschäftigte Sohn und die Tochter, die dem 50 Jahre alten Bergungslüftner das Essen brachte, wurden Zeugen des furchtbaren Unglücks, bei dem der Arbeiter schwere Schädel- und Augenverletzungen, mehrere Brüche des linken Obers- und Unterschenkels sowie andere innere und äußere Verletzungen erlitt. Der Baggerführer blieb unverletzt.

Die Feuerwehr bereiste den Bergungslüftner aus seiner Lage und transportierte ihn nach dem Johannistädter Krankenhaus, nachdem das Friedrichstädter Krankenhaus die Aufnahme wegen Überschweng abgelehnt hatte. Dort liegt er noch jetzt im hoffnunglosen Zustand. Es ist kaum mit seinem Aufkommen zu rechnen. Nach den Urteilen des Unglücks juchen Staatsanwaltschaft und Kriminalbehörden immer noch. Sie werden kaum etwas entdecken, weil auch

dieses Unglück eines von denen ist, die nur infolge des kapitalistischen Nationalisierungssystems möglich sind. Bezeichnend ist, daß der Dresdner Anzeiger sich nicht entblößt, die Möglichkeit eines starken Windstoßes als Ursache des Unglücks zu bezeichnen.

Raffiniertes Geldwechselschwindel. Am 27. 11. gegen 12.40 Uhr wurde ein Kaufmannslehrling von einem unbekannten Betrüger um 400 M. geschädigt. Der Lehrling, der für seine Firma vom Postschafamt einen größeren Geldbetrag abgeholt hatte, wurde von dem Täter auf der Marienstraße unter einem Vorwand verdeckt, ihm in einer Hausschlur 1000 M. in 10 Markstückchen in Hundertmarksteine umzuwechseln. Hierbei hat es der Schwindler in geschickter Weise verstanden, 400 Mark verwinden zu lassen. Allem Anschein nach hat der Täter den Lehrling bereits vom Postschafamt aus verfolgt.

Schauspielerstreich. In der Nacht zum Mittwoch wurde auf der Grünen Straße die Schausteinstele eines Optikergeschäfts eingeschlagen, wobei 3 wertvolle Zeich-Prismen-Gläser Marke Deltronic, Duracten, Deltrimet und 3 Perlmutt-Spielgläser mit Goldbeinfüllung im Wert von etwa 800 Mark gestohlen wurden.

Die neue Wohnungsvergabe in Dresden

Starke Verschlechterungen für die Werktätigen

Von Otto Gäßel, Stadtverordneter.

Seit Frühjahr dieses Jahres verfügte der Rat ein neues Verfahren einzuführen. Erstmals tauchte dieser Plan auf bei der Beratung des Haushaltspolit. Dem Rat kam es darauf an, zu sparen. Er kam hier den Wünschen der Hausvogtei, die seit Jahren den vollen Abbau verlangen, entgegen. Besonders bedeutend für die Arbeiterschaft ist, daß diese Pläne erstmals von einem Sozialdemokraten als Bürgermeister vertreten wurden. Die ganze Maßnahme selbst bedeutet nichts anderes als Nationalisierung auf Kosten der unteren Beamten und Angestellten. Das bedeutet vor allem auch die Summe, die ursprünglich für das Wohnungsamt weniger eingelegt worden ist. Für die werktätigen Wohnungsuchenden bedeutet die Maßnahme eine wesentliche Verschlechterung.

Die Verschlechterung liegt darin, daß das Wohnungsamt nicht wie bisher den dringend Wohnungsuchenden die als vermittelbar gemeldete Wohnung zuweisen. Die Wohnungen werden vielmehr Mittwochs und Sonnabends durch Sonderbrief und durch Aufschlag in der Hausschlur des Wohnungsamtes, sowie den Wohlfahrtspolizeiamtern bekanntgebracht. Die Wohnungsuchenden erhalten je nach dem Grade der Dringlichkeit einen logenartigen Bewerbungsanschein. Die Inhaber dieses Ausweises haben dann das Recht, auf eine der bevorzugten Wohnungen Faß zu machen.

Wer also eine Wohnung haben will, muß 1. im Besitz des Bewerbungsanscheins sein; 2. jeden Mittwoch und Sonnabend natürlich so früh als möglich, damit er als erster beim Auszugsanhang anwesend ist, zum Wohnungsamt oder zur Wohlfahrtsschule gehen.

polizeiweise rennen, um dann als erster beim Hausschalter landen zu können.

Wer erhält einen Bewerbungsanschein?

Jeder, der als unterzubringen oder als „notwendig“ für Hausmannswohnungen, oder als „notwendig“ für einzelne Zimmer, oder Kleinwohnung eingestuft ist.

Die Ausweise gelten für ein halbes Jahr. Hat der Wohnungsuchende den Ausweis und war seine Jagd erfolglos, d. h. hatte er das Glück, als erster der Wohnungsuchenden beim Hausschalter zu landen oder mit diesem einig zu werden, dann muß er dafür sorgen, daß seine Bewerbung unverzüglich ins Wohnungsamt kommt, denn die Bewerbung muß spätestens bis zum dritten Tage nach der Veröffentlichung beim Wohnungsamt eingegangen sein. Der Wohnungsuchende hat damit sicher die Wohnung noch lange nicht, denn nach den Richtlinien beginnt dann erst die Prüfung durch das Wohnungsamt.

Die Richtlinien und dieses Vergabeverfahren bedeuten, von allen Bogenanträgen abzischen, eine einzige Benachteiligung der Werktätigen.

Man denkt hier eine Familie, für die Mann und Frau, um den Unterhalt bestreiten zu können, geswungen sind, auf Arbeit zu gehen. Während diese früher eine Karte erhielten und sich daran einige Stunden Urlaub nahmen, um die ungewohnte Wohnung beizutragen zu können, werden sie nun mehr nur einmal eine freiwerdende Wohnung kennenzulernen, sich dabei, wenn war auch das vergebens. Sie müssen das so oft wiederholen, daß größerer Arbeitszeitverlust kaum zu vermeiden sein dürfte. Das aber würde sicher den

Hinzuwurf beim Unternehmer zur Folge haben. Dabei besteht aber selbst für den Fall, daß eine Wohnung dabei ist, die ihnen zugewiesen würde, noch nicht einmal die Gewähr, daß sie diese bekommen müßen, da ja höchstlich der Hauswirt einen anderen bevorzugt oder das Wohnungsamt einem anderen die Wohnung zugeschenken kann.

Für die Hausbesitzer bedeutet dieses Verfahren die weitestgehende Erfüllung ihrer Wünsche, da der Auswurf der Wohnunglosen und damit die Auswahlmöglichkeit für den Hausbesitzer außerordentlich groß sind.

Der leiche Grund dürfte neben der eingangs genannten Rationalisierung auf Kosten der unteren Beamten und Angestellten der Hauptgrund für den Rat gewesen sein. Doch er März-April, um der SPD nicht die Chancen für die Reichstagswahl zu verderben, gegen diese Aenderung auszuspielen, hat damit verständigt nur das Bild und zeigt, daß in der Praxis im Interesse der Fronte und Rößl, die große Volksgemeinschaft von Deutschnationalen bis zur SPD feststehende Tatsache ist.

Wohnungslose Werktätige, geht ihnen die Quittung! Reicht der Kommunisten!

Zusammenfassung zwischen Motorradfahre und Pferdeschuhwerk

Königsbrück. Am Dienstagabend kam es in der Königsbrückstraße zu einem Zusammenstoß mit einem Motorradfahrer und verdeckten Straßenpolizisten, welche fuhr auf der Fahrt auf die andere Seite fahren, so daß leichter in der Führerseite eingeschlagen wurde. Beide Fahrzeuge wurden erheblich verletzt. Die beteiligten Personen scheinen jedoch nicht ernsthaft verletzt worden zu sein.

Gulobrand. Wegen. Am Mittwoch früh brannte das Wohnhaus des Gaupräzidenten und Bürgermeisters Zeliz in Kennemir niederr. Die stark gefährdeten Stahl- und Schmiedegänge konnten gerettet werden.

Gehäule Wilddiebe. Löbau. Am Mittwoch konnten zwei Wilddiebe in der Nähe einer Schule des Waldes und der bereits eingetretene Dürre entkommen, konnte der andere leichter kommen und stammten aus Neustädtersdorf. In dem Rückgang des Festgenom-vorgerufenen, außerdem führte er noch eine schwere Droschke gestohlen, und man ist ihm auf der Spur. Was treibt die Verte

Die grenzenlose Not der älteren Angestellten

O.G. Am Mittwoch dem 28. November hatte die Mitgliederversammlung ein außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese befaßte sich mit der trockenlohen Lage der Opfer der kapitalistischen Rationalisierung. In der Versammlung waren die Vertreter des Stadtverordnetenkollegiums geladen. Der Vorstand hatte eine Reihe von Antragen an den Rat zu Dresden aufgestellt, die in einer Resolution kurz zusammengefaßt waren. Nachdem der Vorstand eine kurze Schilderung der Not gegeben und die Anträge begründet hatte, sprachen die einzelnen Vertreter der Stadtverordnetenfraktionen. Eine nach dem anderen von dem deutschnationalen Landtagsabgeordneten kritisch über Leydel und Kortram, den beiden Unentwegten, hinweg bis zu dem Sozialdemokraten Hinterbusch, machten sie alle große Versprechungen. Leydel gefiel sich dabei in der Ausplaudierung der unteren Beamten gegen die Angestellten. Er hatte dabei den Mut, vor hohen Beamten, die noch nie Not hatten, zu sprechen.

Genosse Gäßel als Vertreter der kommunistischen Fraktion ging auf die gründlichste Seite ein.

Wer hat die Angestellten erwerboslos gemacht?

Aus welchen Gründen hat die Trustbourgeoisie diese Maßnahmen durchgeführt? Es zeigte zu welchen Zwecken die Rationalisierung durchgeführt worden ist: Erhöhung des Profits auf Kosten der Arbeitnehmer, die zu Tausenden auf Straßenseitler verloren wurden, das ist die tiefste Form der Massaker der Trustbourgeoisie. Ein stechendes Heer von Dauerermäßigten, bei dem die älteren Angestellten das Hauptfeindstellen, das ist die Folge. Sind diese Unternehmer gewillt, den Erwerbemerkten zu helfen? Nein, denn sie sind es, die dem Staat verbieten, diese Opfer zu unterstützen. Wer berichtet den Staatsoffizieren? Dieselben Industriellen und Trustmagnaten, die sie auf Straßenseitler geworfen haben. Sie verlangen in großen Manifesten und Resolutionen den Abbau der Sozialpolitik und der Beschäftigung.

Die Trustbourgeoisie, genannt Regierungen, führen diese Lösungen durch. Abbau der Sozialpolitik deshalb, um die Opfer der Rationalisierung zu zwingen, sich dem Unternehmer zu niedrigsten Löhnen und Gehältern anzubieten. Abbau der Belastungen deshalb, um Unterstützungsmaßnahmen illustrates zu machen und ihre Profite zu vergroßern. Kommen nun die Erwerblosen und verlangen ihr Recht auf Existenz. So werden sie von den Vorfahren der Trustbourgeoisie abgewiesen. Das Gesetz läßt es nicht zu — und andere Ausreden mehr, sind dabei ihr einziges Argument. Daselbe Gesetz läßt aber zu, daß diese Taubende langsam verhungern können.

Das zeigt, für wen der heutige Staat da ist, für wen er Geld hat und für wen Interesse er dient hat. Der Oberbürgermeister, der Rat usw. sind die Stellen, die in der Gemeinde das Interesse der Trustbourgeoisie wahrnehmen. Diese

wurden deshalb in der Bezahlung heraufgehoben. Gen. Gäßel zeigt am Hand der Behandlung verschiedener Anträge der kommunistischen Fraktion für die Opfer der kapitalistischen Rationalisierung, wie im speziellen der Rat zu Dresden das Interesse der Trustbourgeoisie wahrnimmt.

Demgegenüber gilt es das Interesse der geliebten Werktätigen zu wahrnehmen. Das ist nicht möglich durch alle möglichen Neugründungen und Petitionen, sondern nur durch Einreichung der älteren Angestellten in die Front aller Werktätigen. Die Angestellten müssen in ihrer Gewerkschaft im Zusammenwirken mit der Opposition ihr Recht auf Existenz betonen. Diese müssen zu großen, schwungsvollen, Kampfsbewußten Organisationen ausgebaut werden.

Nicht Volksgemeinschaft mit den Ausbooten, wie Ibsen, Hugenberg usw., die, wie gegenwärtig im Ruhrgebiet, Hunderttausende im Interesse ihres Profitos brotlos machen, sondern Eingliederung in die große Front aller Angestellten zum gemeinsamen Kampf gegen die Trustbourgeoisie, zum Sturz der jeweils herrschenden Klasse muß die Lösung der älteren Angestellten sein. Erst wenn die heutige Herrschäftsdomäne gestürzt und die gesamte werktätige Klasse der heutigen Herrschäftsdomäne gestürzt und die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel im revolutionären Kampfe eintreten, und die arbeitende Klasse die Herrschaft im Staaate an sich gebracht hat, ist es möglich, ihre Lage zu verbessern.

Die Ausführungen des Genossen Gäßel wurden mit fulminantem Beifall aufgenommen.

Am Schlusse brachte der Vorsitzende etliche Erlebnisse auf dem Fürsorgeamt zur Sprache, die für die Einstellung unserer heutigen Fürsorge gerade kennzeichnend sind und die kommunalpolitische Kritik am heutigen Fürsorgeamt glänzend rechtseitigen.

Nach Annahme einer Resolution, die nachfolgende Fortsetzung enthält, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

1. Zahlung einer einmaligen Entschuldungsumme an alle Dresdner erwerblosen älteren Angestellten, Kaufleute und Arbeiter geistiger Berufe. Rückwirkend vom Tage der Erwerblosigkeit in Höhe von 50 Mark als Grundbetrag, und für jeden weiteren Monat der Erwerblosigkeit 10 Mark.
2. Abholzung der Härtten bei dem Fürsorgeamt, insbesondere den Beobachtern in der Arbeitsanstalt, sowie Androhung der Arbeitsanstalt-Aufnahme.
3. Abholzung der Härtten bei der Zahlung der Fürsorgeunterstützung.
4. Gerechte Verteilung der Arbeiten in den städtischen Betrieben; durch Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten auch für die erwerblosen Angestellten, Kaufleute und Arbeiter geistiger Berufe.
5. Streichung der Gesamtschulden unserer erwerblosen Mitglieder beim Fürsorgeamt.

Sexualprobleme

Der bekannte Sexualforscher Magnus Hirschfeld hält, wie schon berichtet, einen Vortrag über: Jugendliche und Kameradschaftsche. Ehe er zum eigentlichen Thema kam, behandelte er in kurzem Abriss die Stellung der Frau in der Gesellschaft und die Ehefrauen fröhlicher und leidiger Zeit. Die von der christlichen Kirche als heilig geltend und „von Gott eingesetzte“ Ehe ist seineswegs alt und ewig und auch nicht die einzige Form der sexuellen Gemeinschaft der Menschen gewesen. Die eigenständige Kirchenehe ist erst 1550 eingeführt worden und in England im 17. und 18. Jahrhundert schon wieder aufgehoben und statt dessen die Zivilische geschafft worden. In Deutschland besteht diese Form der Ehe erst seit 1876. Es gibt heute nur noch drei Länder, die nur die Kirchenehe und somit die Unauflösbarkeit der Ehe kennen: Spanien, Italien und — Österreich. Bezeichnend für Österreich, das es die Todesstrafe zwar abgeschafft hat, aber keine Scheidung zuläßt, also lebenslängliche Ehehaushalte gestützt haben aufrechtzuhält. Ob Zivil- oder Kirchenehe oder sonstige Formen: von allen Gelehrten und Nachhabern von Motes bis Mussolini ist als oberster Grundanlass wieder gepredigt worden: Seid fruchtbar und mehret euch!

Früher lag zwischen Geschlechtsreize und Ehe nur eine kurze Zeit, heute erweitert sich diese Spanne auf 10 bis 15 Jahre. Es gibt

in Deutschland allein 8 Millionen Junggesellen, denen zum größten Teil die wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Ehegründung fehlen. Andererseits hat Deutschland infolge des Krieges einen

Frauenüberschuss von 4 Millionen,

die nicht auf eine Heirat rechnen können. Die Stellung der Frau innerhalb der Ehe war die der Hörigkeit, sie war verflucht und leibeigen. Heute besteht sich die Frau allmählich von ihren Fesseln durch ihre beginnende wirtschaftliche Selbstständigkeit. Die industrielle Entwicklung hat die Familie wesentlich verändert. Früher war sie die Wirtschaftsstelle, auf die sich der Staat aufbaute. Die Kinder waren die Gehilfen des Vaters, die Erziehung der Kinder lag bis vor 100 Jahren vollkommen im Elternhaus, während heute die Erziehung in die Schule und Fabrik — und nicht zuletzt auf die Straße verlegt wird. Hirschfeld fragt nun, ob die heutige Ehegründung mit der Prostitution als Hintergrund eine Lösung des sexuellen Problems bedeutet und kommt auf die Reformvorschläge des Jugendrichters Lindley (Denver, Amerika) zu sprechen, dessen zwei Bücher: „Die Revolution der modernen Jugend“ und „Kameradschaftsche“, in Amerika und Europa großes Aufsehen erregt haben. Lindley fordert die gesetzliche Anerkenntnis der heute allgemein bestehenden Liebesverbindungen junger Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen noch keine Ehe eingehen können, um die Verbindungen aus dem Unrat des Unerlaubten zu heben. Er fordert für diese Kameradschafts- oder Gefährtenche die wirtschaftliche Selbstständigkeit beider Teile, ferner die Kinderlosigkeit und drittens die Scheidung ohne Rechtsbehelf bei Kinderlosigkeit; sonst gelten die Regelungen der Familienehe.

Für die heutige Ehe verlangt er die vollkommene Gütertrennung, Erleichterung der Scheidung und eine vom Staat nicht mehr belämpfte, vernünftige Geburtenregulation durch allgemeine Aufklärung über empfängnisverhindernde Mittel. Das wäre Aufgabe der Eheberatungsstellen, von denen es in Deutschland jetzt schon 129 gibt. Es kreist dann kurz die Ehegesetze in Sowjetrussland, wo es nur eine einfache Registrierung der Ehepartner gibt, die auf Verlangen eines Teiles wieder gelöst werden kann. Diese registrierte Ehe wird zu einer „sozialen Ehe“, wenn Nachwuchs vorhanden ist; dann gelten für die Scheidung andere Bestimmungen. Er erwähnt in diesem Zusammenhang das interessante Buch „Weg der Liebe“ von A. Rollman. Hirschfeld sieht in der Kameradschaftsche ein Mittel im Kampf gegen die Prostitution und gegen die Heuchelei, die nirgends so allgemein wie auf sozialen Gebiet. Aber eine Lösung der sexuellen Pro-

bleme kann auch er in diesen Forderungen nicht erbliden, da zu vieles unberücksichtigt bleibt: die

Regelung der Geburtenfrage,

die Frage des Mutterrechtes, der unehelichen Kinder, der Eheunmöglichkeit und der Trickstörungen. Außerdem fordert er eine vernünftige Sexualerziehung, die über die reine Aufklärungsarbeit hinaus den Menschen zur sexuellen Verantwortlichkeit erzieht. Eine Lösung kann erst erzielt werden, wenn die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse mit den gesellschaftlichen Verhältnissen im Einklang gebracht werden sind. Das heißt, wenn die politischen und wirtschaftlichen Zustände grundlegend verändert sind; denn der heutige Staat kann nur durch die Behaltung seiner mangelhaft gewordenen Einrichtungen bestehen, deshalb bleibt auch alle Reformversuche wirkungslos, eben weil im bürgerlichen Staat die gesellschaftlichen Verhältnisse mit den Forderungen wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht in Einklang gebracht werden können, wenn dieser Staat sich nicht selbst aufstellen will.

Die wirtschaftliche Befreiung der Frau ist die erste Bedingung zur Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Und diese ist erst in einem einzigen Lande der Welt Wirklichkeit geworden: in Sowjetrussland. Dort ist im sowjetischen Ehegesetz vom Jahre 1927 der Ehevertrag zu Gunsten der Frau und der Kinder vollständig neu bearbeitet. Die

Stellung des unehelichen Kindes ist gleich der des ehelichen. Die Frau braucht auch während der Schwangerschaft und nach der Geburt des Kindes ihre wirtschaftliche Existenz nicht einzubüßen, da auf ihren Zustand weitgehende Rücksicht genommen wird; durch Errichtung von Kinderheimen und Arbeitserkranken; durch bezahlte Freizeit vor und nach der Geburt des Kindes; durch Stillpausen während der Arbeitszeit und vieles andere mehr. Gerade der ungeheure Fortschritt, der in der Sozialistischen Sowjetunion zu verzeichnen ist und die durch die Herrschaft der kapitalistischen Klasse bedingte Rückständigkeit — trotz allgemeiner „hoher kultureller Stufe“ — zeigt mit aller Klarheit, daß wirtschaftlicher Fortschritt, gleich auf welchem Gebiet, nur möglich ist, wenn die Arbeiterklasse die Macht selbst in den Händen hat.

Grokröhrsdorf

Heute, Freitag, 19.30 Uhr, im Mittelgasthof
öffentliche Textilarbeiterversammlung.
Referent: Genosse Werner, Dresden.

Gunewalde bei Bautzen

Heute, nach Arbeitsamtssch., spricht in Auskates Gasthof
der Sonderberichterstatter der Arbeiterstimme
Kollege Kramer
in öffentlicher Textilarbeiterversammlung.

Wie das Proletariat Schubert nicht feiern sollte . . .

Radebeul O.H. Beim Lesen des Artikels „Schubert“ in der Arbeiterstimme vom 24. November drängt sich uns erneut die Erkenntnis auf, wie sich die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer Moral beißt ins Gesicht schlägt, sich die Maske vom Gesicht reißt, indem sie begabte Genies während ihrer Lebenszeit verkommen und endgültig zugrunde gehen läßt und Jahre nach deren Tode sie plötzlich als die „Könige“ bezeichnet.

Diese Tatsache ist ja nur ein Stein aus dem Lügengebäude der heutigen herrschenden Klasse, bringt es ja dieselbe Klasse fertig, die arbeitenden Massen, von deren Errungenschaften sie überhaupt erst leben kann, als Menschen zweiter Ordnung anzusehen und zu behandeln.

Um so mehr muß es verwundern, auf welche Weise mancherorts die Arbeiterklasse einen solchen Meister feiert. Hieran anknüpfend, bedarf der vor etwa vier Wochen stattgefundenen Schuberti-Abend des Volkschors Radebeul einer Kritik. Warum das Programm nicht besonders glücklich gewählt — die lastenden Himmelsweisen („Süßer Friede“). Das Leben ist ein Traum („Traum“) waren vertreten — so mußte die Einführung des Dirigenten Kämpfe die auch nur einigermaßen klassenbewußten Arbeiter sehr in Verwunderung setzen. Nachdem Kurt Kämpfe kurz Schuberts Tod, End und Entbehnungen geschildert, ließ er seine Worte ausstingen, etwa in folgende Abhandlung: Auch wir, die heute diesen Menschen als Genius feiern, sollten aus seinen Werken lernen und den Geist daraus schöpfen, daß auch wir uns bemühen, mit dem Leben Frieden zu werden. Trost aller Schwierigkeiten und Hindernisse, Trost aller Kämpfe. Sorgen und Nöte sollten wir uns immer wieder durchdringen, um die innere Ruhe und den inneren Frieden zu erlangen.

Ja! Schön gelöst! Aber — aber — alles nur Worte, leere Worte, wie sie auch das Christentum und die ganze bürgerliche Kultur predigt. Zu welchem Zweck? Um die niedergedrängte Arbeiterklasse auch in geistige Verklärung zu bringen, ihr irgendwelchen Erfolg, einen Halt zu geben in sämtlichen Lebensfragen, in denen sie durch die kapitalistische ... wirtschaftsweise immer mehr bedroht wird.

Woher muss nachgerade eine solche Ideologie führen? Nun, sie kann nur im Geselose haben: Aufziedene Menschen, die selbst bei immer mehr unzulässigkeiten Anprallen und Bedürfnissen sich immer wieder bemühen, mit „dem Leben fertig zu werden“. Eine solche Geistesversetzung muß dazu führen, Klassenkampf gegen die Ausbeuter abzuhalten und damit die menschenunwürdige kapitalistische „Ordnung“ als gegeben hinzunehmen und ihre Weiterexistenz als ganz logischig zu betrachten.

Kurt Kämpfe Es soll damit nicht gelöst sein, daß du einen solchen Weg wünschst, aber deine führende Stellung im Arbeiterclan fordert von dir, daß du die Führerrolle auch unbedingt erfüllst! Nicht nur in Bezug auf — was sie die unbedingt kommt — sondern vor allem in dem Bewußtsein, daß auch die Arbeiter-Sangesbewegung nur ein Teil der proletarischen Gesamtbewegung, die auf Beseitigung kapitalistischer Ausbeutung hinarbeitet, ist.

Es ist höchste Zeit, daß sich die Arbeiterklasse nicht weiter in das bürgerliche Fahrwasser treiben läßt — auch in vieler anderer Beziehung —, und die Sangesgenossen und -genossinnen Radebeuls sollten sich ihrer Klassenangehörigkeit wohl bewußt sein!

Nicht unerwähnt soll dabei allerdings bleiben, daß sie in technischer Hinsicht ein vorzügliches Konzert boten, das ihre Wirkung eben noch wesentlich gesteigert haben würde durch die Darstellung proletarischer Gelänge. Dann würde vielleicht auch die Zugkraft des Vereins auf die Arbeiter machen!

Das Klavierstück hat ebenfalls eine vorzügliche Qualität. Es ist zu hoffen, daß der Volkschor durch Veranstaltung eines wirklich proletarischen Kunstabends zum Ausdruck bringt, daß er ebenfalls steht in der Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen die Ausbeuter- gesellschaft!

Deutscher Arbeitermandolinistenbund, Gruppe Birna-Heidenau

Konzertabend am Sonntag, 10. November. Die Spieljolle zeigte von dem Können der Arbeitermandolinisten. Den ersten Teil bestreift das Kinderorchester, die Alpenpölle von Wörner'sbacher führt die Zuhörer im Geist in die Alpenwelt; im zweiten Teil wurde der Ouvertüre zu „Die weiße Dame“ Beifall zuteil. Besonders herausgehoben sei die russische Kapodie und die in ihr enthaltenen schwermütigen Volksmelodien. Nach dem Potpourri aus dem „Zigeunerbaron“ leitete der Schlussmarsch „Brüder zur Sonne“ durch Männerchor ein. Mitglieder des Volkschors Heidenau wirkten mit. Bei zahlreichem Beifall musikalisch ein genügender Abend. D. R.

Es muß immer wieder gründlich betont werden, daß Programme, wie das durch unseren Berichterstatter uns übermittelte, nicht die Klassenkämpferischen Ausgaben eines Mandolinensembles entsprechen. Darauf, daß man an den „Zigeunerbaron“ und „Dornröschens Brautfahrt“ „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ antritt, ist eine revolutionäre Tendenz, ähnlich trampshaft herbedeutet. Die revolutionäre Tendenz muß aber in Arbeiterklangvereinen schändig sein. In ihrer Programmdarstellung ihrer Art, zu singen und zu veranstalten überhaupt. Ohne dies können sie ihre Aufgabe, Klassenkämpferorganisation zu sein, nicht erfüllen. D. R.

Radeberg. Das Violinkonzert Sarnow muß wegen man gelöbten Vorverkaufs verlegt werden. Es ist zu wünschen, daß bei den relativ niedrigen Eintrittspreisen, im Vorverkauf 80 Pf., für Arbeiterlose 60 Pf., an der Kasse Eintrittspreis 1 Pf., der Abend zu Ende kommt, zumal für die ausgesetzten Ruhearbeiter gesammelt werden soll. Außerdem ist das eine Gelegenheit zu künstlerischen Genüssen, wie sie so wohl kein nur noch von Socimus geboten wird. Beweist durch euren Besuch, Werktätige, daß ihr euch mit den Künstlern, die für die Arbeiterklasse schaffen, solidarisiert.

Nervenkrank

die stark unter Schmerzen zu leiden haben, finden schnell und sicher die wenigste Mühe; Kreislertherapie und Belebung ihrer Beschwerden mit dem neuen, auf biologischer Grundlage zusammengestellten, vollständig unschädlichen „Marasol“. Was der Arzt darüber sagt, erzählen Sie aus dem jeder Seudung beigelegten Prospekt. Machen Sie einen Versuch, wenn kein Erfolg, Geld zurück.

Originalpackung M. 250
Fritz Walter Fahr, Gera
Herstellung pharm.-diäti. Produkte

Inserate

haben den denkbar besten Erfolg in der

Arbeiterstimme!

ASTORIA

Hilmopolis 8, Leipziger Straße 58

Af. Freitag, d. 10. Nov. bis Montag, d. 3. Dez.

SONG

Schmutziges Gold, ein Großfilm aus dem Osten. Die Liebe eines armen Menschenkindes. 2 Akte mit Anna May Wong, dem neuen Star, Jerome Hoffman, George, Mary, Kit, Adalbert, Schlettow usw.

Wien, Wien — nur du allein!

ein entzückende Arie nach einem weltbekannten Schlaget, mit Elisabeth Pinnay, Wiener Stimme, Wiener Blut — Wiener Mädel, Wiener Prater, der Heimgang in Grünzing, der Belausund.

Ab Dienstag, d. 4. bis Donnerstag, d. 6. Dez.

Der Unbekannt

Der große Sensationsfilm mit Lon Chaney dem Mann der 1000 Masken

Dazu Utwochenschau

Berufs-Kleidung

Verein für Freidenkerium u. Feuerbestattung

E.V. Unterbezirk Meißen

Sonnabend, den 1. Dezember, 20 Uhr

Gr. öffentliche Versammlung

in Münch's Gasthof, Oauernitz

Gen. Joppich-Merschwill spricht über:

Kirche u. Arbeiterschaft

erscheint in Massen

SONDER-VERKAUF

wegen bedeutender Erweiterung unserer Geschäfte kann und damit verbundener Veränderungen

Auf sämtliche Waren bis zu 30 Prozent Rabatt • Einige Beispiele:

Herren-Konfektion

Mäntel	früher 98.—, 78.—, 58.—, 34.—	jetzt 75.—, 55.—, 35.—, 19.50
Anzüge	früher 105.—, 85.—, 65.—, 38.—	jetzt 85.—, 65.—, 45.—, 25.—
Windjacken	jetzt 25.—, 22.—, 18.—, 12.—	jetzt 18.—, 12.—, 8.50
Juppen	jetzt 22.—, 18.—, 14.50, 12.50	jetzt 22.—, 18.—, 14.50, 11.—
Hosen	jetzt 22.—, 19.—, 11.—, 6.50	jetzt 16.—, 12.—, 7.50, 3.90

PIRNA

am Markt

KAUFHAUS WEINER,

Gasthaus „Zum Churfürst“

Meißen, Wettinerstraße 25

hält sich zur Einkehr bestens empfohlen

Ernst Müller und Frau

Reiche Auswahl / Niedrige Preise

Bruno Köper

Freital-Po.

Untere Dresdner Straße Nr. 108

Mitglied vom Rabattsparverein

Pelzbesätze

Passende Geschenke!!

Opossum - Mantelkragen von 22 M an

Skunks von 30 M an

Klondyke - Mantelkragen in blaugrau, rosa, weiß, beige..... per Stück 5 M

Bublikragen, die neueste Mode in verschiedenen Fellarten.

Reiche Auswahl / Niedrige Preise

Georg Jungnickel

Pirna, Grohmannstraße 3b

Fleisch- und Wurstwaren

Julius Arnold, Freital

Untere Dresdner Straße 94 • Tel. 537

Lederhandlung

en gros — en détail

Schuhmacherbedarfartikel

Fellhandlung

otto Dienhold

Poststraße 2, Ecke Palmstraße
empfiehlt seine

Leisch- u. Wurstwaren

a den billigsten Tagespreisen

amrisch's Gasthaus im Zentrum
Die beliebte Einkehrstätte
an Sonnabend u. Sonntag Künstlercafé

Wo ist die beste und gemütlichste Einkehrstätte? Bei

Bernhard Hempel

Pirna, Schuhgasse

Gute Speisen und Biere / Verkauf von
Rödelnack im Laden / Prima Wurst
Füllchen in Dresden - Leuben, Palmenstraße
und Neustädter Markthalle



DRUCKEREIFILIALE DRESDEN-A-1

Güterbahnhofstraße Nr. 2
Fernrufanschluß Nr. 14191

Drucksachen
aller Art
Spezialitäten:
Plakate

Reichskrone Radeberg

Empfiehlt meine Lokalitäten und
schoone Vereinszimmer / Küche
und Keller von gutem Rufft

Decken Sie Ihnen Bedarf im

Warenhaus Ikenberg

Radeberg, Hauptstraße 34

Grün-, Kolonial- und Fischwaren

empfiehlt

Ernst Schleising, Radeberg

+ Drogerie Wigand Heine +

Radeberg • Fernruf Nr. 1272

empfiehlt Drogen, Farben, Lecke

Fleisch- u. Wurstwaren

Richard Moal, Pirna, Zahnsaer Straße 16

• Nehre euer Hotel
„Deutsches Haus“
Radeberg
u. Hs. zum Bahnhof

Restaurant Zur Wurstburg Meilen

Großes Lokal, Stube
empfiehlt sich zur Feierstätte
Bankett. A. Friedmann

Alle
Lebensmittel
Außerst billig!

Fritz Leuschke
Pirna-Copitz
Pillnitzer Str. 11

H

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen

H

DRESDEN-COTTA

LEBENSMITTEL
Lydia Bergmann, Mädler Leipziger Straße 1
67177

Fabrikation
feiner Fleisch- u. Wurstwaren
Arthur Thieleme, Ockerwitzer Str. 1
67176

Kohlen, Briquetts u. Holz
Führen aller Art
Tel. 26926 Tel. 26926
Emil Kohlholz, Cossebauder Straße 5
67179

Schokoladen-Spezialgeschäft
ida Ziegls, Cossebauder Str. 30

Tabak Knöpfler, Wurthaer Str. 16
Hölzer Kleider, Modewaren, Wäsche,
Trikotagen und Strümpfe

Uhrmacher
Herr Pleper
Karlstr. 10
Laden und
alte waren
zu Sekretar-
waren

Inseriert
in der
ARBEITERSTIMME

Bücherhaus Kiesleit
Büro, Büroservice für Lebensmittel
Bärmann, Klopstockstraße 44

A. Klemm, Klopstockstraße 8
Spez. Hemden u. Blusenoptikstatt

Möbelhaus Hugo Liebig
empfiehlt seine große Auswahl in
Möbeln alter Art
Pennricher Straße 32
67180

LAUSA-WEIXDORF

Fleine Fleisch- und Wurstwaren

E. Gössel, Königsbrücker Str. 18
67172

RADEBERG

Drucksachen, Klischees
Buchdruckerei Mittelstraße 4
67178

Schuhhaus Wünster
geöffnet bei Vol.

Sporthaus Otto Walbert
Heidenau, Königstraße 23
Radeberg, Rathausstr. 11
67185

Milch-Trink-Halle, Röderstraße 9, täglich
frische Milch u. sämtliche Milchprodukte
empfiehlt Walter Schulze und Frau

Möbelwerkstätten
Otto Görner & Söhne
Mühlstraße 20

KREUZ-DROGERIE
Drogen / Farben / Photo +
67176 Schillerstraße 32

Kurt Claus, Nachf.
Oberstraße 17/18 — Fernsprecher 2049
Kaffee — Kekse — Brot — Spedition
und Süßwaren

Kinderwagen-, Korb- und Spielwarenhaus
C. A. Heinick, Röderstraße 8
67178

Erhard Büttner
Fahrräder, Fahrradschlüssel, Kraftfahrzeuge,
Sprachkurse, Spez. Schwimmkurse
Leipzigerstr., Telefon 1-738
67177

OBERSIEPERSDORF

Wilhelm Sieber, Nr. 219
Kolonialwaren — Zigarren und Rauchwaren

Gasthof zur Feldschenke
hier auch zur Besserer Beuteck empfohlen

DR.-FRIEDRICHSTADT

Josef Müllers Restaurant
Schäferstraße 24
67207

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Richard Reuter, Schäferstraße 23
67208

Bellevue
Fleisch, Saussend und
Sonstige
H. Ballmusik
Waltherstr. 27
67179

Fr. Hofmann, Schäferstraße 27
67206

Fr. Bader, Dombrunnenstraße 16
67179

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei Georg Dehhardt
Seminaristraße, Ecke Adelgasse
67206

Kurt Bettens
Fleine Fleisch- und Wurstwaren
Brauerei, Seite Schäferstraße

H. Arweller / Inh.: M. Rutter
Woll- und Weißwarengeschäft
Schäferstraße Nr. 55
67177

COSSEBAUDE

Tischlerei Cossebaude @ Cigarren-Restaurant
M. Fischer, Talstraße 9
67170

Schuhhaus W. Buchwald
Dresdener Straße 14
Reparaturen preiswert und gut

Wettin-Apotheke Cossebaude
E. HORN
Heinrichstraße Nr. 22
Feinsprücher Nr. 143
67178

KLOIZSCHE

Arbeiterberufe- und Sportkleidung, Friseur
Bernardt, Ecke Alten- und Matthesstraße
67211

RADEBERG

Drucksachen, Klischees
Buchdruckerei Mittelstraße 4
67178

Schuhhaus Wünster
geöffnet bei Vol.

Kontaktionshaus

RUDOLF LEDERER

Hauptstraße 45

Minna Hardtmann
Gehl., Woll- u. Antiquitäten, Schillerstraße 28
67178

Textil-Wagner
Hauptstraße 16
67178

Warenhaus Ikenberg
Hauptstraße 34
67179

Schnitt-, Weiß-, Wollwaren
empfiehlt Bruno Richter, Görlitzer Str. 7
67173

Modehaus Armin Seidel
Herrn-, Damen- und Kinderbekleidung,
Weiß- und Wollwaren zu niedrigsten
Preisen — Markt 15

Heinrich Hönnel, Fahrzeug- und Näh-
maschinenhandlung, Kleinfürstengr. 13, Filiale
67173 Kaditz, Bahnhofstraße 12

Zigarrenhaus Strohsack
Pritzer Str. 7
67174

POSSENDORF

Schwarzes Restaurant und Kolonialwaren
Possendorf
67179

Schreibwaren und Fahrradartikel
Gustav Unger, Hauptstraße 83
67179

DRESDEN

Kauft
Marmeladen, Obstkonserven

Bernhard Richter
Dresden-A. 28

+ Familienhaus Zentrum +

Somatische Klinik zur Rehabilitation, Kinder- und
Reha-Klinik @ Gymnasium

Reha-Klinik @ Gymnasium

Wohnhausstr. 27 (tr. Brüder Str. 48)

67174

Zoolog. u. Zierfischhandlung

Heribert Hübner, Moritzstraße 13
67175

DRESDEN-PLAUEN

Gustav Palplig

Brot- und Käsekonditorei, Schmidtbüchlein 59
67170

MICKEN-TRACHAU

Rundfunk

ingenieur Carl Richter
Leipziger Straße 258
67174

PIRNA-ROITWERNDORF

Gasthof

Roitwerndorf

Schloss, Saal und Vereinssäle
Garten und Kegelbahn, Auto-Vor-
blendung, Oswald Kübler und Frau

Kolonialwaren, Drogen und Parfüm

L. Langhärig, Piza-Roitwerndorf
67175

Lebensmittel, Bruno Gutschke, Bismarckstr. 2

67174

DOLZSCHEN

Braunes Gaßhof @ östlich ihm liegender
Garten @ jeden Sonntag seiner Ball
Tanzspuren 60030 Dresdner Straße 20-22

67174

Lebensmittel @ Holz- und Käsekonditorei

ALFRED FELSNER

Dresdner Straße 49
67174

GUTTERSEE

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Richter & Lederer, Bismarckstraße 15
67174

KUNATHS RESTAURANT

Vereinszimmer / Fleischerei

Camillo Kunath

Bahnhofstraße 1

STRUMPFFFABRIKATION

Adolf Brückner, Meißner Landstr. 169

Herren- u. Damenkonfektion / Wäsche

67177

Fleisch- u. Wurstwaren

Richard Neubert, Dresden-Straße 6
67174

Kohlen- u. Holzhandlung

Emil Obring

Brüderstr. 9

BAHNHOF- u. DRUGERIE

Udo Brandt, Meißner Landstr. 97

67176

LICHTENHAIN

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei / Materialwaren

Willy Frenzel, Nr. 15c

67174

Dampfmolkerei Lichtenhain

Verantwortung: Schmitz, Schönau

Die Revolution wird fortgesetzt — bei der nächsten Reichstagswahl!

(Von einem Fabrikarbeiter)

Dieser Auspruch ist nicht etwa aus einer Rede eines Kommunisten, der die auktionsrevolutionäre Tätigkeit des Sozialdemokratischen Käfers ironisiert — nein, er wird uns Fabrikarbeitern allen Ernstes erklärt als unser Kampf gegen das Ausbeutertum. Und wer erklärt dies? Untere "Kämpf"- und Schuhorganisation gegen die kapitalistische Herrschaft, der Fabrikarbeiterverband. Im "Proletarier" Nr. 47 vom 24.11.28 lesen wir folgende Epigraf:

Die Jemets-Patenten. Die Unternehmer der thüringischen Zementindustrie haben es gemacht wie die Eisenindustriellen. Sie haben trotz eines für verbindlich erklären Schiedspruches ihre Arbeitsschicht vor die Türe gesetzt, die sich erlaubte, ihren Lohn entsprechend dem geöffneten und für verbindlich erklären Schiedspruch zu fordern. Dass die Mikro-aktion und die Beratung gegen Gelehr und Recht durch mehrere Unternehmerorganisationen zum Ausdruck kommt, ist nicht zufällig. Da liegt Verabredung vor. Haben doch die Unternehmerverbände zu Anfang des Jahres einen Kampftag von 50 Millionen Mark gegen das Schlichtungswochen geschaffen. Vermischlich werden also jene Unternehmer, die gegen Gelehr und Recht und Staatsautorität den Kampf aufnehmen, aus diesem Fonds unterstellt. Das heißt also, die Unternehmer leisten eine neue Revolution ein, vielleicht in der Hoffnung zu siegen, solange sie noch auf die kommunistische Hilfe rechnen können. Wir werden die Revolution weiterführen bei der nächsten Reichstagswahl. Wirtschaftsdemokratie soll die Parole sein. Die Gemeinschaftlichkeit der Kartei und Truhe gilt es zu brechen!

Allso: einmal wird der unerhört heile Angriß der Unternehmer auf "Recht, Gelehr und Staat" gebraucht, zum anderen wird als Waffe gegen den Kampf um die "Wirtschaftsdemokratie" empfohlen.

Klassengenossen und Kollegen vom DAW! Es gehört doch wahnsinnig nicht allzu viel politische und geistige Schulung dazu, um diesen reformistischen Unfall zu begreifen. Der Unternehmer hat Geld, die Produktionsmittel, und distanziert fast und brutal Soll der Arbeiter nicht ebenso rücksichtslos und entschlossen seine Klasseninteressen vertreten, um seine berechtigten Ansprüche auf das Amt zu führen?

Und sehen wir uns das "Revolutionärsmittel Reichstagwahl" an. Vor uns Arbeitern kann doch niemand im Ernst sagen: es ist besser gemorden seit den verfehlten Wahlen Nein, gerade das Gegenteil ist der Fall. Der Reichstag 1924 brachte Bürgerlos, Schlichtungsfest. Zölle, Not und Teuerung, und der Reichstag 1928 brachte Panzerkreuzer, neue Münzensteuern winter und noch andere. Hat uns Proleten schlimme Dinge.

Und was von der "kommunistischen Hilfe" erzählt wird, krafft sich selbst über. Warum werden wir beim Werkarbeiterkampf in Hamburg die kommunistische Zeitung und nicht die sozialdemokratische? Etwas, um dem "Hilfsgenossen" kostzustellen und den "Feind" weiter agitieren zu lassen?

Was müssen wir also erkennen? — Zurück mit allen Kräften und aller Energie zum revolutionären Klassenkampf, der in allen Verhältnissen einsam von der Opposition geführt und propagiert wird. Läßt euch nicht irremachen durch das Geschehen der gebürtigsten Angestellten oben am grünen Tisch: Seht, die Opposition macht hier einen Fehler, da einen Fehler, deshalb: Folgt uns, der bewährten Führung!

Das von vornherein falsche und verträgliche Programm der Führung muß — es ist nicht wegzuleugnen — von Niederlage zu Niederlage führen.

Klassengenossen! Läßt euch nicht irremachen! Denkt daran, daß wir nicht durch Gelehr und Erklasse vom grünen Tisch bestimmt werden können.

die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk

der Arbeiterklasse selbst sein!

Darum, Kollegen, entscheidet euch! Heraus! Eingereicht in die Rose Kampfzone! Verbreitet wahrhaft proletarische Ansichten, lasst die kommunistische Presse! Und werdet wieder bewußte Klassenkämpfer!

Holzarbeiter solidarisieren sich mit Ruhrarbeitern

Bauen. Eine Mitte November tagende Versammlung der Holzarbeiter der Waggonfabrik Borsig, Bauen, verlancen, doch umgehend eine Betriebsversammlung der gekündigten Belegschaft einberufen wird, die Stellung zu den 25.000 streikenden Ruhrarbeiterinnen nimmt. Wir als Holzarbeiter lehnen es als unsere gewerkschaftliche Pflicht an, unsere Klassengenossen in diesem Klassenkampf an der Ruhr zu unterstützen. Wie erschleden in dem freien Vorstöß, den die Trüherren des Kurbgebietes gegen die Verbindlichkeitserklärung führen, den entscheidenden Kampf derer gegen die gesamte deutsche Arbeiterklasse überhaupt. Von diesem Kampfe wird abhängen der Erfolg unserer Arbeitskämpfe. Wir als Holzarbeiter solidarisieren uns mit unseren Klassenbrüdern an der Ruhr und sind bereit, selbst aktiv zu unterstützen, damit dieser Kampf bis zum greifbaren Ende geführt werden kann. Wir fordern die übrigen Abteilungen auf, in gleicher Weise dazu Stellung zu nehmen."

MESS MEND oder: Die Yankees in Leningrad

Von Jim Dollar

Copyright by Moderner Verlag, Wien

"Ein seltsamer Mensch, dieser Cice," sagte der Vicomte und senkte die Stimme. "Er verschwindet und kommt zurück wie ein Zauberer, ohne je einen wichtigen Augenblick zu veräußern. Niemand gibt er Rechenhaft und macht mit dem Komitee und mit jedem von uns, was er will, und wir wissen nur das eine: ohne ihn klappt nichts."

"Er ist ein großer Organisator," bemerkte der Prinz. "Vergessen Sie seine Herkunft nicht, er kommt doch aus Korsika."

"Ja, es ist ein fabelhafter Mensch. Bezüglich des weiblichen Geschlechts — Sie können verklärt sein: ich bewundere seine ungewöhnliche Stärke und völlige Neutralität," mischte sich der Fürst ein. "Er ist nicht so, wie der Bankier Westinghaus. Der hat in Ihrer Abwesenheit ... ach, Sie werden es nie erraten!"

"Wie hat sich Westinghaus wieder ausgezeichnet?" fragte der Vicomte lässig.

Aber es war Iwanowitsch nicht beschieden, sich hierüber auszulassen. Die Tür öffnete sich von neuem, und diesmal trat Doktor Lepsius ins Zimmer.

Um die ermügenden Zeremonien zu sparen, mag sich der Vater diesmal selber das "Gute Tag". "Wie geht es Ihnen?" und die sonstigen Phrasen, die zwischen zivilisierten Menschen üblich sind, vorstellen. Ich lasse alles das weg und beginne damit, wie der Doktor, seinen Professor entsprechend, die Instrumente herzurichten begann.

Jeder Doktor muss haben: Hörröhre, Rezeptbuch, Taschenuhr, eine Pinzette, um die Jungs niederzuhalten und, wünschenswert ist, ein elektrisches Lämpchen mit Kopfband. Alles das führte Lepsius mit sich, zog es heraus und machte sich ans Werk.

"Ich habe Sie schon lange nicht mehr abgehört, Höhe," drummelte Lepsius. "Puls ist gut. Die Gesichtsfarbe gefällt mir nicht, der Hals gleichfalls. Aber sagen Sie bitte, wie steht es

Erwerbslose werden dem Hunger ausgeliefert

Wie berichtet gehen über die Beratung des im Reichstag von der Koalitionsergebnis eingesetzten Sozialen über die Sonderfürsorge bei berufsschichtlicher Arbeitslosigkeit? Das präzise die Erwerbslosen hervor bringt ausliefern. Der Sonderfonds der sozialdemokratischen Reichsministerien setzt Genossen Siegfried Röbel in der Mittwochslaus. Seine Rede, die wir nachstehend im Kapitel wiedergeben, wurde eine kurze Übersicht mit der Gesamtheit der traditionellen Sozialpolitik der Koalitionsregierung.

Die Rede des Genossen Röbel:

Der vorliegende Gegenentwurf beweist wieder einmal, wie recht wir haben, wenn wir sagen, daß sich an dem sozialrevolutionären Kurs infolge des Beschlusses der Koalitionsergebnis nichts ändern wird, sondern daß dieser sozialrevolutionäre Kurs höchstens eine bessere Ver schlechterung finden wird. (Sehr wohl! b. d. Komm.) Man spricht von einer Salzgarnarbeiter-Sonderfürsorge und will damit den Eindruck erwecken, als ob man über einen bestehenden Zustand hinaus etwas schaffen möchte.

Wenn versucht wird, die Dinge so hinzu stellen, als ob die Vorlage zur Sonderfürsorge der Salzgarnarbeiter ohne Zustimmung des Reichsarbeitersministers gelingen lei, so ist das eine verlogene und falsche Darstellung. Niemals könnte der Verwaltungsrat der Reichsminister die Unterstützungsmauer auf sechs Wochen herabheben, wenn der sozialdemokratische Reichsarbeitersminister nicht ausdrücklich damit einverstanden wäre. Aber dennoch wagt die sozialdemokratische Breslauer "Vollswacht" zu schreiben: "Das ist mühlich eine schöne sozialpolitische Tat des Reichsarbeitersministers, die von uns nur freudig betracht werden kann." (Hört, hört! b. d. Komm.) So freudig wie die Vollswacht begrüßen nicht alle sozialdemokratischen Zeitungen die Tat des Herrn Reichsarbeitersministers.

Im Organ des Zimmererverbandes lesen wir etwas ganz anderes als in der Vollswacht, da heißt es nämlich: "Die geplante Verordnung führt den baugewerblichen Arbeitern neuen Nutzen zu." Die Kommunisten sind mit dem Zimmerer verband vollständig einverstanden, wenn er der Meinung ist, daß dieses Gesetz auf das entschieden befürwortet werden muss. Wenn der Zimmerer verband den Kampf wirklich durchführen will, dann muß er sich hinter uns stellen und den Kampf so führen, wie wir ihm führen. (Sehr richtig! b. d. Komm.) Zurufe bei den Sozialdemokraten?

Bei der Beratung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes wurde ausdrücklich festgestellt, daß die finanzielle Lage der Reichsminister für die Leistungen des Reichs nicht für die Dauer der Unterstützungen nicht entscheidend sein dürfe. (Hört, hört! b. d. Komm.) Ja, man hat für die Hebung der finanziellen Schwierigkeiten der Reichsminister in der Halle einer überstarken Begeisterung der Kassen einen besonderen Paragraphen ergriffen, wonach das Reich verpflichtet ist, für den Fall der Erhöhung der Kosten der Reichsminister ein Darlehen in ausreichender Höhe zu gewähren. Von diesem Paragraphen — es

ist der § 183 des Gesetzes — wird nicht Gebrauch gemacht; aber eingetragen ist, was wir bereits bei den Beratungen vorause gelegt haben, nämlich, daß jede Verschlechterung der Wirtschaftslage und jede daraus ergebende Belastung der Reichsminister auf Kosten der Arbeiter geht. (Sehr wohl! b. d. Komm.)

Das vorliegende Gesetz wird sich vor allen Dingen in seiner vollen Schwere bei den Landarbeitern auswirken. Dieser neue Angriff gegen die Landarbeiter führt sich würdig der bisherigen Ausnahmegelehrte gegen diese Arbeitergruppe an.

Die Auswirkungen des Gesetzes

Die Auswirkungen des vorliegenden Gesetzes ergeben sich aus folgendem: Ein Salzgarnarbeiter, gleichviel wie lange er gearbeitet hat, ob er mehrere Winter hindurch gearbeitet hat, ob er die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung vollständig erfüllt hat, ein paarmal erfüllt hat, jahrelang keine Bettstage entrichtet hat, bekommt falls er in einer Zeit arbeitslos wird, nur 6 Wochen Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung. Nach Ablauf dieser sechswöchigen Unterstützung kommt er in die Sonderfürsorge, wenn nicht inzwischen durch die Bedürftigkeitsprüfung festgestellt worden ist, daß er überhaupt keine Unterstützung mehr zu erhalten hat. (Hört, hört! b. d. Komm.)

Da wir heute in einer ganzen Reihe von Berufen steigende Arbeitslosigkeit haben, kommt es vor, daß ein Arbeiter aus seinem Berufe, für den die Arbeitslosenunterstützung in vollem Maße zuständig ist, zur Bauarbeit übergehen muß. Ist dieser Arbeiter nur 14 Wochen im Bauarbeits tätig, dann bekommt er 6 Wochen Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung; dann legt die Bedürftigkeitsprüfung ein, und die Möglichkeit des Unterstützungsraumes ist da. (Zuruf: Das ist Wissensfürsorge.)

Im vorigen Winter wurde der Nostadt, der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 154 Millionen aufgezehrt; in diesem Jahre haben wir, wenn wir die 15 Millionen der Sonderfürsorge hinzurechnen, dagegen nur 135 Millionen Mark als Nostadt. Dabei muß der Reichsarbeitersminister selbst zugeben, daß in diesem Winter die Lage noch weit ungünstiger ist als im Vorjahr. Mit diesem verringerten Referendum will die Reichsregierung der noch ungünstigeren Lage dieses Winters begegnen. Aus dieser Tatsache ergibt sich der ganze Sinn dieser hier zur Einführung kommenden Sonderfürsorge.

Für die kommunistische Fraktion erkläre ich: Wir werden gegen diese neue reaktionäre Gesetzgebung den entschiedensten Kampf führen, und wir wollen uns hierbei mit der gesamten Arbeiterschaft einig! (Beifall und Händeschütteln bei den Kommunisten.)

Rath Schluß der Ausprache wurde die Sitzung auf Donnerstag verlängert. Zur Beratung steht der deutchnationale Antrag auf Beibehaltung der Technischen Rathiffe und der kommunistische Antrag auf sofortigen Abbau dieser Streikbrecherorganisation.

Ausschlußoffensive gegen oppositionelle DAW-Jugend

Vor nicht allzu langer Zeit teilte die Leipziger Ortsverwaltung des DAW den Jugendgenossen Friedrich Dietrich und Gustav Hartmann mit, daß von der engsten Gehilfenkommission durch den Kollegen Kurt Voßle Anträge auf Ausschluß aus dem Verband eingereicht worden seien.

Die beiden Jugendgenossen, die jetzt durch die DAW-Ortsverwaltung Leizig aus der Organisation ausgeschlossen werden sollen, sind bereits langjährige Mitglieder des DAW. Genosse Hartmann ist beispielweise Mitglied der Brummkreisleitung der Schmiede und Mitglied der Lehrkammerkommission, während Genosse Dietrich seit Jahren aktiv in der Metallarbeiterjugend tätig ist.

Die geplanten Ausschlüsse in Leizig und die dafür gegebene Begründung hat auch Bedeutung für die Arbeit unserer oppositionellen DAW-Jugend. In der Begründung der DAW-Anträge heißt es u. a.: "Du sollst dich in außerordentlich unfolgsamer Weise und in aller Selbstlosigkeit gegen das Interesse des Verbandes vergangen haben. Du sollst in Meilen beim Sächsischen Jugendtreffen des DAW am 19. 8 unter Beleidigung und lästiger Bedrohung von Funktionären und Mitgliedern unseres Verbandes parteipolitische Ziele verfolgt und trotz eindringlicher mehrfacher Verwarnung durchführlich verucht haben. Dein Vorgehen ist vor allem während des Umzuges zu starken Störungen geführt haben, welche geeignet waren, das Ansehen des DAW und die Einigkeit unter unseren jugendlichen Kollegen stark zu beeinträchtigen."

Die Vorfälle in Meilen, über die wir seinerzeit berichtet haben, werden jetzt seitens der reformistischen Verbandsführung bemüht, um unbekannt gewordene oppositionelle Jugendgenossen aus der Organisation hinauszutreiben. Wir verzichten heute darauf, noch einmal eine Darstellung über den Verlauf des Meilen Jugendtages zu geben. Wir stellen noch einmal fest, die Schule an der Störung der Demonstration trug die reformistische Verbandsführung, die nicht davor zurücktrat, mit lästigen Angriffen gegen die Träger der roten Fahnen vor-

zugehen, und ihrerseits alles getan hat, um den Jugendtag im parteipolitischen Interesse der SED auszunehmen.

Es muß nach der bisherigen Praxis angenommen werden, daß die Berliner, die Schule an den Meilen Vorgängen den oppositionellen Jugendlichen anzuhören, auch in Dresden und in anderen Städten unternommen werden. Die oppositionelle DAW-Jugend muss deshalb auf dem Posten sein und muß jeden Verlust der Reformisten, ihre Spaltungsbemühungen auch in der Front der gewerkschaftlich organisierten Jugend, zu verhindern, auf das entzündete bestreiten und zurückweichen.

Die Reformisten kündigen Massenausschlässe aus dem DAW an

Am Sonntag tagte die Mitgliederversammlung des DAW Böhmen 11. Bezirk. Der Vertreter der Ortsverwaltung erklärte im Verlaufe der Debatte, daß die Ortsverwaltung Böhmen des DAW im Hauptvorstand vorstellig geworden sei, wegen des von der Opposition bei den Unorganisierten verbreiteten Flugblattes; sie habe Vollmacht erhalten, zu energischen Maßnahmen gegen die Opposition in Böhmen, wobei es gleichzeitig sei, ob 20 oder 50 Mann aus dem Verband entfernt würden.

SPD-Eisenbahner!

Freitag den 30. November, 1928 Uhr, findet im Brandenburger Hof, Berliner Straße, eine wichtige Sitzung statt.

Vorstand: Arbeitnehmer: Ihr Vorsitz: Bruno Goldhammer, Dresden; für Gewerkschaften: Willi Schäfer, Berlin; für Lokale, Sparten und Institutionen: Richard Spengler, Dresden; für Industrie: Walther Bucker, Dresden — Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft. — Druck: Gebr. Geiss, Dresdner Industrie Dresden.

"Sie sind von altadliger Abstammung, Vicomte?"

"In meinem Wappen steht die Lilie der Bourbonen neben dem Hahn der Plantagenets, Doktor," erwiderte lässig der Franzose.

"Vortrefflich, vortrefflich, ziehen Sie sich an, wir werden Ihnen großartige Trophäen versprechen."

Indessen hatte es beim Prinzen wieder geklopft. Eintrat ein großer, grauhaariger Engländer, der einen starken Tabakgeruch ausströmte.

"Lord Hardstone?"

"Der bin ich."

Herzliches Händedrücken. Wiederum „Guten Tag“. „Wie geht es Ihnen?“ um lässig. Über Lord Hardstone war nicht aufgelegt, Zeit zu verlieren. Er blieb sich um, schaute auf die Uhr und erklärte:

"Eben habe ich Cice gesehen, er trägt uns auf, die Sitzung unverzüglich unter seinem Vorstoß zu eröffnen."

"Gestatten Sie, aber Cice ist nicht hier."

"Das ist ganz gleich sein Vorstoß ist unsichtbar. Lieber Prinz, entlassen Sie bitte diesen Dicken. So ist anscheinend der Urteil?"

"Doktor Lepsius."

"Ach, der berühmte Lepsius! Erneut, Sie kennen zu lernen. Aber die Zeit drängt. Ich erkläre die Sitzung im Namen des Vorstehenden für eröffnet. Ich bitte alle Nicht-beteiligten, sich zu entfernen."

Lepsius hatte von den Gästen des "Patriziana" nie ein Honorar zu erwarten. Nichtsdestoweniger ging er von ihnen stets in einem Zylinder fort, der einer Elfe gleich. So sprang er auch jetzt wieder, den Stoß fest an sich gedrückt, mit begeistertem Gesicht aus Nr. 2 A-B heraus, brummte unterwegs leise „Ja, ja ist es“ vor sich hin und stieg zu seinem wartenden Auto hinunter.

Der Diarbeleiter schaute ihm vorwurfsvoll nach.

"Ein hoffärtiger Mensch," sagte er zu seiner Frau, „nur um Leute zu Adeln lämmert er sich. Ein Fürst der Papua ist ihm interessanter als ein armenischer Kaufmann. Ich würde alle diese Adligen beiderlei Geschlechts, samt ihren Sakalen als Zugabe mit Vergnügen eintauschen für einen guten Salat aus Tomaten —"

"Mit Zwiebeln," ergänzte leidenschaftlich seine Gemahlin.

Total-Ausverkauf in Damenkonfektion

wegen Aufgabe dieses Artikels

Modehäuser Max Schnurpel,

Leipziger Str. 89/91
Straßenbahnenlinien 10, 14, 15, 17



Freitag, 30. November bis Donnerstag, 6. Dezember:

Der Wolgaschiffer

Das niedliche Fließwerk des Zeiten und Menschen überdauert

Dann auf der Bildern der

Ural-Kosaken-Chor

22 Personen im Nationalkostüm

Gesänge aus Russland vergangenen Tagen und der Gegenwart

Beginn 18.15 u. 20.30 Uhr · Eintritt 16.15 u. 21.30 Uhr

„Schauburg“ Kulturfilm-Gemeinde: im Sonnenland Brasilien mit Vorreden des Herrn Dr. Rost



Morgen und jeden Freitag von 17.30 Uhr ab:

Großes Hafen-Essen 1.20 M.
Große portion mit Weintraut u. Kartoff.

Volkshaus Weißes Roß Pirna

Sonnabend, den 1. Dezember

● Schlachtfest

Hier zu laden freundlich ein
P. Lindemann und Frau

Sung! Sung!

● Alles auf nach Brockwitz in den Gasthof zur „Kärmst“

Sonntag, den 2. Dezember große „Kärmstfeier“, ab 4 Uhr
ff. Ballmusik / Montag, den 3. Dezember großes Konzert,
ausgeführt von der berühmten Stocla-Kapelle, anschließend
ff. Streich- und Balkenmusik / Anfang 20 Uhr / Eintritt 1 Mark
inkl. Steuer / Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt
Hierzu lädt ein Tränkner Paul und das genügt

Die Erzgebirgische Holzspielwaren-Ausstellung und Verkauf

findet noch bis zum 24. Dezember im Gasthof
Zur goldenen Krone, Pirna, Waisenhausstraße,
statt / Versömmen Sie nicht mein reichhaltiges Lager
zu besichtigen / Besichtigung ohne Kaufzwang

Central-Theater Bautzen

Freitag bis mit Montag
Harry Liedtke!

Das entzückende Lustspiel:
Das Heiratsnest

Eine Komödie in 6 Akten aus dem
Gesellschaftsleben der Kriegszeit
In den Hauptrollen:

Harry Liedtke, Hans Junckermann,
Gertrude Pichler, Lina Pavelski,
Gitta Ley, Ida Wasil, Margarete
Lange u. v. a.

Dazu noch das Sensationsfilm:

Luciano Albertini!

Rinaldo Rinaldin!

Abeiterer eines Heimgefechtens von

Paul Rennenkampf in 6 Akten

In den Hauptrollen:
Oda Engt, Heinrich Albers,
Bennigsen Pichler

Beginn: Wochentags um 18.30 Uhr

31.45 Uhr

Sonntags um 17 Uhr

Palast-Theater Bautzen

Freitag bis mit Montag:

Die Geliebte des Gouverneurs

Sensationstheater in 9 Akten

In den Hauptrollen:

Magda Soell, Heinrich Waagel, Fritz
Kortner, Werner Pittschau, Robert
Garricou u. a.

Dazu noch:

Alaskas weiße Wunderwelt

Ein Naturwunder

Aufnahmen in 6 Akten von einer

großartigen Expedition von den

Rocky Mountains zum Bergmeer

Beginn: Wochentags um 18.30 Uhr

Sonntags um 16 Uhr

Weihnachtsfreude

durch praktische Gaben

Kleiderstoffe

Popeline

unsere bewährte Qualität aus reinwollener Material, in einem

reichen Sort. moderner Farben, Mtr.

Mantelottomane

hochedle, reinwoll. Qual.-Ware, in

den bevorzugt. Farben: schwarz u.

marine, 140 cm breit, Mtr. 13,50, 9,80,

Waschsamt

sollid gekörperte, erprobte Qualität

in ziemlichen Farben, 70 cm breit,

Meter.

Kleiderfhaft

der von der Mode bevorzugte

Kleiderstof, zum Balkfeld, ca. 85 cm

breit, in entz. Abendfarb., Mtr.

Crêpe de Chine

uns. Stammqual. reinwoll. weich-

fließ. Kleiderware in geschmackv.

Straßen- u. Abendfarb., Meter 8,50.

Kleid

aus vorzügl. Velourline in hell-
und mitteldunklen Farben,
kleidsame, neue Form

1875

Pullover

und Lamberjaden für Damen,
sowie moderne Dessins, gute

wollene Qualität

7,75

Mantelottomane

aus feingemustertem Perkal mit

unterlieger Brust und Klapp-

manschetten mit 1 Kragen

475

Winterstrumpf

für die Dame, seine Kaschmirwolle

mit Doppelsohle und Hochwolle,

Kottengänge

Paar 1,45

Handschuh

für Damen, reinwollener, gesickt.

Winterhandschuh mli. bunter

Strümpfe

Paar 1,25

Bettwäsche

Bettbezug

a. kräft. vollgeblümkt. Linon (pass.

Kiss. 75-80 cm) 1,75, 1,45, 0,95

120-200 cm 6,90, 5,40

395

Bettgarnitur

aus solidem, dichtgewebt. Roh-

gewebe, 1. reichverziert. Parndekk.

1 Kissen, 1 Deckbett zusammen

850

Bettgarnitur

aus solid. Stangenleder mit ver-

schiedenen hübschen Streifen,

1 Deckbett mit 2 Kissen 12,20

975

Hohlsaum-Bettuch

aus starkdickem Stuhltuch, mit

Hohlsaum verziert

150/225 cm groß

490

Barchent-Bettuch

weiches, warmes Winterbettuch,

in richtiger Größe, mit oder ohne

Kante, in richtiger Größe 3,50

275

Wettinerstr. 3/5

Ludwig Bach & Co

Oschatzerstr. 16/18

Pieschner Vereinshaus

Dresden-Pieschen, Mohr-, Ecke
Torgauer Str. / Neue Bewirtung

Besitzer: Karl Hornig

Aller Pieschner Genossen
Treffpunkt / Vereinszimmer

Feierling, Sonnabend, Sonntag

Künstler-Konzert

Werb

Leser für die
Arbeiterstimme

Restaurant Lüscherarten

Verkehrslokal der Arbeiterschaft

Augsburger Str. 16, Grisgröp Witsch

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Wilhelm Leonhardt

empfiehlt ihre Waren

Dresden-Grusse, Rothermundstraße 3a

Erwin Wurche

Rautitz-Hellerau, Dresden Str. 29

Fahrräder, Nähmaschinen

Sprechapparate, Schallplatten

und Reparaturen - Teilzahlung gestaltet

Drogerie Gerhard Pesch

Dresden-Striesen, Augsburger Straße 8

Farben und Lacke



Zigarren
Zigaretten
in Weihnachtspackung

Weine
Spiritosen
Liköre
in reicher Auswahl

Konsumentverein

Dortwärts

Warenabgabe nur an Mitglieder.